

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis: pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,80.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Bezugs-Preise
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung.

Das Reichsamt des Innern bereitet gegenwärtig eine Reform der Arbeiterversicherungsgesetze vor. Eine Reform, deren angeblicher Zweck in der Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Versicherung bestehen soll, die aber tatsächlich darauf hinausläuft, den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen zu nehmen und im übrigen einen wirklichen Ausbau der Arbeiterversicherung hintanzuhalten.

Die Verdächtigungen der Ortskrankenkassen als Institute, an denen sich „die sozialdemokratischen Parteiführer müssen“, haben bei den in Frage kommenden Reichsbehörden ein williges Ohr gefunden. Freilich, diese beweislosen Verdächtigungen, mit denen insbesondere der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wider das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen freibien ging, waren kein tatsächliches Material. Das Material sollte die im Oktober 1908 stattgefundene Konferenz im Reichsamt des Innern liefern, wo Unternehmer- und Arbeitervertreter aus den Krankenkassen vernommen wurden. Aber die politischen Arbeiterfeinde erlitten hier eine schmachvolle Niederlage.

Das sehrnützlich erwartete Material gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen blieb aus: die Unternehmer hatten keins. Ja, die Unternehmer stimmten in jener Konferenz sogar soweit mit den Arbeitern überein, daß sie den seitens des Reichsamts des Innern für die kommende Reform vorgeschlagenen „unparteiischen“ Vorsitzenden der Ortskrankenkassen ablehnten. Dieser „unparteiische“ Vorsitzende sollte geschaffen werden, wenn die Unternehmer nicht, wie bisher, ein Drittel, sondern die Hälfte der Kassenbeiträge übernehmen würden. Der angebliche politische Mißbrauch der Ortskrankenkassen hatte sich als ein leeres Phantastengebilde herausgestellt; die Arbeiterfeinde waren elend blamiert! Selbst der stellvertretende Vorsitzende des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, Kommerzienrat Mendt, mußte in Nr. 48 von 1908 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ konstatieren, daß in jener Konferenz für die gegen die Leitungen der Ortskrankenkassen erhobenen Anklagen keine Beweise beigebracht werden konnten. Kommerzienrat Mendt bringt in der genannten Zeitung auch zum Ausdruck, daß ihm der heutige Zustand lieber sei, als eine „Herrschaft der Bureaukraten“ in den Ortskrankenkassen. Man sollte meinen, daß damit die Attacke, die das Reichsamt des Innern gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen liefern wollte, zurückgewiesen sei. Aber die Arbeiter werden gut tun, sich nicht in Sicherheit zu wiegen. Nicht das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter darf beseitigt werden, sondern mit der Zersplitterung der Versicherungsorganisation (Ortskrankenkassen der verschiedenen Berufe, Betriebs- und Zununftsassen, Gemeindefrankenversicherung) muß aufgeräumt werden. Wir brauchen eine Zentralisation, d. h. für größere Bezirke eine leistungsfähige Kasse.

Notwendig ist ferner die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien. Zu beseitigen ist die Grenze der Versicherungspflicht bei M. 2000 Arbeitsverdienst. Zu erhöhen sind die Mindestleistungen, die heute keineswegs ausreichen, dem erkrankten Arbeiter und seiner Familie auch nur das Nötigste zu gewähren. So muß die Reform der Krankenversicherung aussehen, wenn bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung die soziale Gesinnung echt wäre, mit der sie prunken! Die Unfallversicherung erstreckt sich auch nicht auf alle Arbeiterkategorien. Die Verwaltung liegt in den Händen der Berufsgenossenschaften, in denen

die Unternehmer allmächtig sind; kein Arbeiter hat hier etwas zu sagen. Die Ansprüche der Versicherten beruhen nicht auf geleisteten Beiträgen, sondern auf der Versicherungspflicht. Infolgedessen darf auch das Recht der Verwaltung nicht an die Beitragszahlung geknüpft, sondern muß den Versicherten überlassen werden. Die Kosten der Unfallversicherung werden zwar formell von dem Unternehmertum getragen, tatsächlich aber doch von den Erträgern der Arbeit jener gedeckt, die in den Betrieben beschäftigt sind. Daher gebührt den Arbeitern das paritätische Mitbestimmungsrecht. Davon wollen die Unternehmer jedoch nichts wissen. Sie glauben, wenn die Arbeiter, wie in den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, so auch in den Berufsgenossenschaften ein Wortlein hineinreden, daß dann die Rentenkasserei nicht so weitergeht, daß dann die Kosten der Unfallversicherung wachsen würden. Die Arbeiter werden aber unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten, und ebenso entschieden dafür eintreten, daß diese Leistungen der Unfallversicherung erhöht werden.

Im Vordergrund der Erörterungen hat in letzter Zeit aus mancherlei Gründen das Invalidenversicherungsgesetz gestanden. Bekannt ist, daß das Reichsamt des Innern mit einer großen Energie bestrebt ist, die Bewilligung der Invalidenrenten seitens der zuständigen Organe möglichst einzuschränken. Die Rentenbewilligungen waren von 174 508 im Jahre 1903 auf 134 057 im Jahre 1906 zurückgegangen! Da war kolossal „gequetscht“ worden. Inzwischen sind nun die Bestrebungen der kaufmännischen und technischen Angestellten auf eine angemessene Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung stärker hervorgetreten. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung, die bisher den Privatangestellten nicht einmal die heutigen Versicherungsgesetze voll zugute kommen ließen, spielen nun mit dem Gebanten, für diese Angestellten eine besondere Pensionsversicherung zu schaffen. Ob etwas daraus wird, was die Angestellten auch befriedigt, ist zum mindesten sehr zweifelhaft, aber man will hier eine Zersplitterung, und zwar aus politischen und finanziellen Gründen. Einen durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung möchten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierung aus „Sparankheitsrücksichten“ umgeben. Aber man möchte auch die unzufriedenen Angestellten, denen man so gut wie jeden gesetzlichen Schutz vor grenzenloser Ausbeutung durch die Unternehmer verweigert, nicht direkt in das Lager der Sozialdemokratie jagen. Und so sucht man sie mit einer Sonderversicherung zu fördern, womit man eine Scheidewand zwischen Angestellten und Arbeitern aufrichten zu können glaubt. Von solchen unsozialen Beweggründen wird die deutsche Sozialpolitik beherrscht. Die Alters- und Invalidenrenten, die nach dem heutigen Invalidenversicherungsgesetz an die Rentendberechtigten gezahlt werden, betragen im Durchschnitt jährlich rund M. 158. Die Arbeiter müssen mit aller Kraft dafür agitieren, daß an Stelle dieser geringfügigen Almosenrenten wesentlich höhere Versicherungsleistungen treten, — nicht nur für die Privatangestellten, sondern für die Arbeiter aller Kategorien.

Als im Jahre 1902 das deutsche Volk mit drückenden Zollerhöhungen belastet wurde, beschloß der Reichstag, daß ein Teil der höheren Zölle „zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden“ sei. Die hohen Zölle sind in Kraft getreten, für die Witwen- und Waisenversorgung aber ist nicht soviel übrig geblieben, daß davon auch nur eine kümmerliche, geschweige denn eine angemessene Fürsorge durchgeführt werden könnte. Die Arbeiter aber wünschen eine Hinterbliebenenfürsorge mindestens

in dem Maße, wie sie das Gewerbeunfallversicherungsgesetz gewährt. An der Durchführbarkeit dieser Versicherung ist kein Zweifel; sie ist ohne Einführung irgendwelcher neuer Steuern schon dann möglich, wenn der unsinnigen Verschwendung für militärische Zwecke Einhalt getan wird.

Die Arbeitslosenversicherung wollen wir nicht in dem Rahmen der heutigen Arbeiterversicherungsgesetze verwirklicht wissen. Für ihre Eigenart müssen in organisatorischer Beziehung andre Gesichtspunkte maßgebend sein; ihre Grundlage sollen die Gewerkschaften sein, an deren Mitglieder zur Arbeitslosenunterstützung staatliche Zuschüsse zu leisten sind. Sie soll aber hierbei miterwähnt werden, um über die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft hinsichtlich der staatlichen Versicherung ein genaueres Bild zu geben. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß man in verschiedenen Nachbarstaaten mit der Arbeitslosenversicherung aus Staats- oder Gemeindegeldern viel weiter ist, als in Deutschland; wenn auch zugegeben werden muß, daß sie auch dort zu wünschen übrig läßt.

Wir haben vorstehend in großen Zügen ein Bild der Wünsche entworfen, die die deutsche Arbeiterschaft an das staatliche Versicherungswesen zu stellen hat. Möge die Arbeiterschaft durch unangesehene Agitation ihren Forderungen kräftigsten Nachdruck verleihen.

Baugewerbliches Unternehmertum über Arbeitskammern.

Dem Reichstage sind in der letzten Zeit aus Unternehmertreffen noch zahlreiche Petitionen zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitskammern zugegangen. Darunter befindet sich eine, die für uns ein ganz besonderes Interesse hat, weil sie ausgeht von dem Vorstand des Kartells der Arbeitgeberverbände in den Baugewerben Groß-Berlins.* Diese Petition möchten wir einer kritischen Betrachtung unterziehen.

Die Petenten hegen nach dem Ergebnis der ersten Lesung des Entwurfs „die dringende Befürchtung, daß neuerdings ein Gesetz geschaffen werden soll, welches den Arbeitgebern wiederum neue Lasten aufbürdet, ihre Interessen jedoch völlig unberücksichtigt läßt.“ Sie bitten, ihre Wünsche, die sie „auf Grund jahrelanger praktischer Erfahrung durch Verhandlungen mit den Arbeitnehmern gewonnen haben, nicht ungehört verhallen zu lassen.“ Dann heißt es:

Wir schieben voraus und möchten diesen Umstand nachdrücklich betonen, daß fast alle hier unterzeichneten Verbände seit vielen Jahren mit den für sie in Frage kommenden Organisationen der Arbeitnehmer Tarif-

* Dieses Kartell umfaßt folgende Verbände: Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten E. B. Verband der Malereigeschäfte von Berlin und den Vororten E. B. Zentralverband der Bautischlermeister Berlins und Umgebend. Berliner Beton-Verein E. B. Arbeitgeberverband im Rohrlegergewerbe. Vereinigung Berliner Klempner und verwandter Berufszweige E. B. Verband der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin. Freie Vereinigung der Inhaber von Bildhauer- und Studegeschäften Berlins und Umgebend. Arbeitgeberverband des Dachdeckergewerbes für Berlin und Umgebend. Verband der Glaserzeien und verwandter Gewerbe von Berlin und den Vororten. Verband der Arbeiter im Löpfer- und Ofensetzergewerbe, Unterverband Berlin und Vororte. Verband der Fliesen- und Treppengeländer-Fabrikanten Berlins und der Vororte. Arbeitgeber-Schutzverband der Dekorations-Lapiezierbetriebe für Berlin und Umgebend. Schutzbereingung der elektrotechnischen Installationsindustrie von Berlin und Umgebend. Vereinigung Berliner Metallbildhauer. Verband der Berliner Beton- und Eisenbeton-Baugeschäfte. (Nach der Angabe der Petition sind in diesen 17 Verbänden circa 3000 baugewerbliche Unternehmer beteiligt.)

Verträge abgeschlossen haben, daß wir seit Jahren gewohnt sind, sowohl über die Erneuerung dieser Verträge als auch über die Streitigkeiten, welche sich bei ihrer Verrichtung auf den Arbeitsstellen ergeben, mit den Gewerkschaften beziehungsweise deren Vertretern zu verhandeln. Der mitunterzeichnete Verband der Baugewerkschaften von Berlin und den Vororten ist eine der ersten Arbeitgeberorganisationen des deutschen Baugewerbes gewesen, die sich auf den Boden einer vertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von Organisation zu Organisation gestellt hat.

Dieser Verband ist nachdrücklich in Wort und Schrift für die Verbreitung der Tarifgemeinschaften jederzeit eingetreten. Wir haben auf unsere Art praktische und zwar erfolgreiche Sozialpolitik betrieben. Darum hatten wir uns für berufen, in der Frage der Arbeitsämter ein Urteil abgeben zu können und haben die Hoffnung und das Vertrauen, daß diesem Urteil mehr Beachtung gewährt werden wird, als demjenigen einer großen Zahl von Sozialpolitikern, die mit übergroßem Eifer die Lösung der großen sozialen Fragen betreiben, in den allermeisten Fällen aber noch niemals mit Arbeiterführern an einem Verhandlungstische gesessen haben.

Diese Ausführungen erheben eine wesentliche Wichtigkeit. Sie können bei denen, die nicht eingeweiht sind in die einschlägigen Verhältnisse, den Glauben erwecken, als hätten die betreffenden Unternehmerorganisationen den Abschluß von Tarifverträgen als ihr besonderes Verdienst in Anspruch zu nehmen, und als läme die organisierte baugewerbliche Arbeiterschaft dabei gar nicht in Betracht. Tatsächlich aber ist das Tarifvertragswesen als eine Erzeugnis gerade der Arbeiterorganisation anzusehen. Sie hat in jahrelangen schweren Kämpfen den Widerstand des Unternehmertums gegen Tarifverträge überwinden müssen. Wahrscheinlich nicht aus eigener, freier Initiative und Entschliebung heraus ist das Unternehmertum dazu gelangt, sich „auf den Boden einer vertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von Organisation zu Organisation“ zu stellen. Zu dieser Stellung hat die Arbeiterorganisation es gedrängt und gezwungen. Dieser Organisation in erster Linie gebührt also wohl die Anerkennung, praktische und erfolgreiche Sozialpolitik betrieben zu haben. Die Kritik der Betenten setzt ein bei dem § 2 des Entwurfs, wonach die Arbeitsämter berufen sein sollen, „den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen“. Sie erklären, nach reichlicher Ermägung die Frage, ob Arbeitsämtern diesem Zwecke dienen können, mit einem glatten „Nein“ beantworten zu müssen, und sie begründen diese Antwort wie folgt:

„Es ist eine verhängnisvolle Täuschung, anzunehmen, daß durch derartige halbamtliche, paritätische Institutionen die sozialen Kämpfe auch nur um einen deutlichen Grad vermindert, gemildert, oder gar beseitigt würden. Wir geben im Gegenteil denen vollkommen recht, die da meinen, solche Einrichtungen werden die Ursachen unzähliger Konflikte, den Grund erneuter Verschärfung der alten Gegensätze bilden. Man wird uns entgegenhalten, daß kein nichts als Prophezeiungen, für die wir jeden Beweis schuldig blieben. Ganz abgesehen davon, daß man sich ja dann überhaupt niemals über die Ausläufer und die nachteiligste Wirkung irgend eines Gesetzes äußern dürfte, sondern immer abwarten müßte, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, begründen wir uns überzeugung mit den Erfahrungstatsachen einer zehnjährigen Tätigkeit in paritätisch geführten Verhandlungen mit Arbeitnehmern. Wir haben in allen diesen Jahren so manchen Streikfall, der früher zweifellos aus Grenzen zu geführt hätte, beigelegt und am Ende in den allermeisten Fällen eine Verständigung gefunden; aber wir sind uns in all den Jahren auch nicht um Haarsbreite näher gekommen, wenn

irgend eine prinzipielle Frage, irgend eine sogenannte soziale Angelegenheit wieder einmal zur Besprechung kam.“

Zu diesen Ausführungen steht eine Wahrheit. Wir selbst haben, und zwar in Uebereinstimmung mit der Masse der in den freien Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter und ihrer Presse, wie ihrer Leiter, Agitatoren und parlamentarischen Wortführer, wer weiß wie oft dargelegt, daß gesetzliche Einrichtungen der in Rede stehenden Art unmöglich ein Mittel sein können zur Milderung oder gar zur Beseitigung der großen sozialen Kämpfe unserer Zeit, zur „Lösung der sozialen Frage“. Das Wesen dieser Kämpfe und dieser Frage erschöpft sich bei weitem nicht in den Interessengegensätzen und -Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern, die sich aus dem Arbeitsverhältnis rücksichtlich der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ergeben. Im Mittelpunkt der sozialen Kämpfe steht unvereinbar die Frage der Um- und Neugestaltung der ökonomischen, politischen und sozialen Einrichtungen und Verhältnisse. Das Recht der Arbeit, ihr unverjährbarer Anspruch auf menschenwürdige Existenz, auf Wohlstand und Freiheit gegenüber der Herrschaft der Besitztümermacht und der unterdrückenden klassenstaatlichen politischen Gewalten, erlangt nur Anerkennung und Verwirklichung. In diesem Kampfe stehen sich Klassen gegenüber; es ist ein Klassenkampf, der da geführt wird. Und dieser Kampf ist naturgemäß um so heftiger und schärfer, je rückständiger und entsetzlicher die herrschenden Klassen nach auf ihre angemaßten Vorrechte und ihre Macht.

Nun ist aber wohl zu beachten, daß Institutionen, die darauf gerichtet sind, eine Praxis der Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern, von Organisation zu Organisation, für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, des Arbeitsverhältnisses überhaupt, zustande zu bringen, doch ihren Wert haben. Wenn sie an die Stelle der Anwendung der äußersten Kampfsmittel, des Streiks, der Aussperrung etc. treten, so ist das wenigstens ein nicht unerheblicher Gewinn für die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen. Diese erfahren immer eine mehr oder weniger schwere Schädigung durch den Ausbruch von Differenzen auf dem Wege des äußersten Kampfes. Die wirtschaftlichen und sozialen Anschauungen und Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital ergeben sich mit Notwendigkeit aus dem Stande des Wirtschaftslebens und seiner Entwicklung. Arbeits- oder Arbeiterkammern können nicht verhindern, daß sich solche Gegensätze immer aufs neue bilden und zum Austrag gebracht werden, wohl aber können sie in allen Fragen, die das Arbeitsverhältnis angehen, eine sowohl den Arbeitern, wie den Unternehmern und dem allgemeinen Interesse vorteilhafte Verständigung bewirken. Wenn schon auf dem Boden der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung der Interessengegensatz und Kampf in Permanenz nicht verhindert werden kann, so ist und bleibt es doch ein Gebot der Vernunft und einer wirklich humanitären Sozialpolitik, die gelindesten Mittel nach Möglichkeit zur Anwendung zu bringen im Kampfe.

Die Entwicklung des modernen Verkehrswezens.

II. Das Eisenbahnenwesen.

Der zweite große, völkerverbindende, den Weltverkehr mit vermittelnde Faktor unserer Zeit ist das Eisenbahnenwesen. Im vorigen Jahre konnte man das Jubiläum der Lokomotive feiern. Im Jahre 1808 stellte der englische Mechaniker Trevethin in London die erste Eisenbahnlokomotive in Dienst. Dann kam George Stephenson als Vorkämpfer für die staatliche Anerkennung und Förderung des Eisenbahnverkehrs. Die Opposition, die er zu überwinden hatte, war eine sehr starke; im Oberhaus wurde sein erster Antrag auf Konzeption einer Eisenbahn abgelehnt unter der Motivierung, daß der Rauch der Lokomotive die Vögel töten, daß der Anblick der dahinsausenden Züge die Tiere erschrecken und daß die Konturen der Maschine die Pferde auf den Aussterbeort sehen werde. Das Volk wurde gegen das Unternehmen Stephensons aufgebracht, so daß seine Lokomotivversuche gegen Ueberrälle und Angriffe geschützt werden mußten. Stephenson rechnete mit der Möglichkeit, eine Fahrgewindigkeit von 60 bis 60 km in der Stunde zu erreichen. Die Eröffnung des ersten mit Dampfkraft betriebenen Eisenweges für den öffentlichen Verkehr erfolgte am 27. September 1825 zwischen Darlington und Stockton. Mit welcher Schnelligkeit sich das Eisenbahnenwesen entwickelte, lehrt die Statistik. Die Eisenbahnlänge betrug (nach Kolb, „Handbuch der vergleichenden Statistik“ in Kilometern:

Jahr	Europa	Amerika	Asien	Afrika	Australien	Zusammen
1830	245	87	—	—	—	332
1840	3057	5534	—	—	—	8591
1850	23768	14256	—	—	—	38022
1860	51544	53253	1397	446	264	106904
1870	103744	96398	8632	1773	1812	212859
1877	153198	146939	18096	9255	4784	321272

Es ist zu beachten, daß Asien, Afrika und Australien erst 1860 in der Statistik erscheinen. Also 321 272 Kilometer Länge hatten die Eisenbahnen der Erde im Jahre 1877. Nahezu 30 Jahre später, 1905, betrug nach einer amtlichen Statistik (Arbeits für Eisenbahnen, herausgegeben vom königlich preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten) die Kilometerlänge 905 605. Davon entfielen auf Europa 309 393; das gesamte Amerika 400 196; Asien 81 426; Afrika 26 161; Australien 28 069. Zu Ende des Jahres 1906 hatte der Umfang der Eisenbahnen der Erde 933 850 km erreicht. In diesem Jahre vermehrte sich das europäische Eisenbahnen um 6238 km, auf 316 093 km; das amerikanische auf 473 093 km (darunter die Vereinigten Staaten, einschließlich von Alaska, 361 579 km), also über 45 000 km mehr als in Europa; das asiatische auf 87 938 km; das australische auf 25 510 km; das afrikanische auf 23 193 km. Die Reihenfolge der einzelnen am besten mit Eisenbahnen ausgestatteteten Staaten ist folgende: Auf die Vereinigten Staaten mit ihren 361 759 km folgen — allerdings in weitem Abstände — das Deutsche Reich mit 57 376 km; das europäische Rußland mit 56 670 km; Frankreich mit 47 142 km; Britisch-Indien mit 46 642 km; Oesterreich-Ungarn mit 41 227 km; Großbritannien und Irland mit 37 107 km; Kanada mit 33 147 km; Mexiko mit 21 007 km; die Argentinische Republik mit 20 500 km; Spanien mit 17 059 km; Italien mit 16 420 km; Spanien mit 14 649 km; Schweden mit 13 165 km. Die übrigen Staaten besitzen weniger als 10 000 km Eisenbahnen.

Im Verhältnis der Eisenbahnen zur Ausdehnung des Landes steht das Königreich Belgien an der Spitze. Es kommen dort auf 100 qm Flächeninhalt 24,4 km Eisenbahnen. Dann folgen: Königreich Sachsen mit 20,3 km; Baden mit 14,6 km; Elsass-Lothringen mit 13,6 km; Großbritannien und Irland mit 11,8 km; das Deutsche Reich mit

Wasserdichte Baukonstruktionen.

Von Fred Hood. (Nachdruck verboten.)

Es ist in letzter Zeit vielfach in der technischen Presse die Notwendigkeit wasserdichter Baukonstruktionen, nicht nur im Tiefbau, sondern auch im Hochbau anerkannt worden, namentlich im Hinblick auf die umfassende Verwendung des Eisens zur Armierung des Betons. Ist der Beton nicht wasserdicht, so wird das Eisen rosten, mit der Zeit mehr und mehr an Tragfähigkeit verlieren und damit auch die ganze Konstruktion gefährden. Man nimmt zwar allgemein an, daß Zement der Zementbeton das Eisen gegen den Rost schützt; es ist dies aber tatsächlich nur dann der Fall, wenn der Zement das Eisen allseitig und dicht umschließt. Ein rissiger, undichter oder sehr poröser Beton kann selbstverständlich das Eisen nicht schützen.

In dieser Hinsicht beachtenswert ist ein Vortrag, den Edward W. DeWright, Präsident der „Hydrex Cell and Engineering Co.“, vor der „Boston Society of Civil Engineers“ gehalten hat. Er will die wichtigsten Ausführungen dieses Vortrages, ohne mich in allen Punkten den Anschauungen DeWrights anzuschließen, hier wiedergeben.

Es gibt zwei Methoden wasserdichter Baukonstruktionen; erstens Behandlung des Baumaterials, namentlich des Betons, um dasselbe selbst wasserdicht zu machen, und zweitens Schutz des Mauerkörpers durch Anwendung anderer Stoffe zur Bekleidung desselben.

Man kann den Beton auf zweierlei Art wasserbeständig machen, nämlich durch Zusatz gewisser Chemikalien wie durch Aufbringen einer Zementbefeidung oder eines Anstrichs zur Stärkung der Oberfläche des Betonkörpers. Man verwendet für diese Zwecke Silicate, Soda, Lauge, Seife, Alaun usw.

Eine große Schwierigkeit besteht bekanntlich darin, die Festanteile des Betons genügend zu mischen; diese Schwierigkeit wird aber durch Verwendung von Chemikalien noch gesteigert. Ferner ist zu befürchten, daß der Zusatz der Chemikalien, die den Beton wasserdicht machen sollen, seine Festigkeit und Dauerhaftigkeit noch herabsetzen oder dem eingebetteten Stahl schaden. Man war bisher nur auf Versuche angewiesen, während die Wasserbeständigkeit der Betonbaukonstruktionen in der Praxis keineswegs hinlänglich erprobt wurde.

Die Einwände, die gegen die Verwendung von Zementbefeidungen oder Schutzanstrichen auf Beton vorgebracht werden, sind sehr zahlreich. Jedenfalls ist es niemals ratsam, sich auf eine einzige Maßnahme zu verlassen, und namentlich ist die Verwendung starken Zementputzes, der sehr hart, spröde wird, nicht zu empfehlen, da er den Bewegungen des Bauwerkes nicht folgen kann. Der Zementputz kann rissig werden, und selbst kleine Öffnungen können dem Wasser Eintritt verschaffen und damit den Rosten der Bewehrung vollkommen auslösen. Es muß einleuchten, daß Laboratoriumversuche nur eine beschränkte Bedeutung haben, da die Betonwürfel, die man für diese Zwecke anzuwenden pflegt, nicht alle den mannigfachen Einwirkungen ausgesetzt werden können, wie das fertige Bauwerk. Abgesehen von dem schnellen Temperaturwechsel, dem das Bauwerk Jahre hindurch ausgesetzt ist, darf man dasselbe doch nicht als ein festes unbewegliches Werk betrachten. Es sent sich schon während der Bauausführung — alle Glieder der Konstruktion bewegen sich, dehnen und strecken sich, und die durch den Betonkörper hindurchgehenden eisernen Konstruktionsstücke, die wieder mit anderen verbunden sind, sollen doch diese Bewegung mitmachen können. Wie kann man da ohne weiteres einem Betonwürfel vertrauen, in welchem die zu Versuchswecken ein-

gebetteten Eisenerne ganz ruhig und unbeweglich liegen? Es ist vielmehr mit Sicherheit anzunehmen, daß das Eisen bei energischer Zugsprünahme auch Zug und Druck oder unter bedeutenden Temperaturerhöhungen Wasser, in dem spröden Beton hervorgerufen und dann dem Grund- oder Niederschlagswasser wie der feuchten Luft Eingang verschaffen wird. Wo der Beton nun gar dem Angriff des Meeres oder der Flüsse ausgesetzt ist, da ist natürlich in noch weit größerem Maße Anlaß zu Befürchtungen gegeben.

Nun offenbaren viele Bautechniker ein ganz besonderes Vertrauen zur Wasserbeständigkeit des Betons im allgemeinen. Aber man hat beobachtet, daß das Wasser infolge der Kapillarität vier bis fünf Meter im Beton aufsteigt, und daß es durch Betonkörper von fünf Metern Dichte hindurchdringt. Es kann dies zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen, aber schließlich fließt das Wasser doch hindurch und verriecht sein Erstarrungswert, während man immer noch der Meinung ist, ein wasserbeständiges Bauwerk ausgeführt zu haben. Dann kommt der Frost, und die sich bildenden Eiskristalle fördern infolge der Volumenerweiterung das Zerstückelungswert immer mehr, bilden neue Risse, um dem Wasser Eingang zu verschaffen, und so fort. Hat das in den Beton eingebettete Eisen erst einmal Rost angenommen, dann kann von einer dichten Verbindung zwischen dem Beton und dem Eisen nicht mehr die Rede sein, und damit wird zugleich die Zuverlässigkeit der Konstruktion, die ja gerade auf der festen Verbindung zwischen Zement und Eisen beruht, bedeutend beeinträchtigt.

Nun aber kommt hinzu, daß das Wasser, indem es den Zement durchdringt, aus diesem gewisse Salze aufnimmt, die dem Eisen schaden. So kommen zur Wirkung des Rostes noch weitere zerstörende Einflüsse hinzu. Insbesondere hat man festgestellt, daß Schlackenbeton, der in

10,6 km; Birttemberg und die Schweiz mit 10,6 km; Preußen und Bayern mit 10 km. In den übrigen Staaten resp. Erdteilen steht dieses Verhältnis wesentlich ungünstiger, in den Vereinigten Staaten von Amerika um nur 3,9 km; ein Beweis, daß dort das Eisenbahnwesen immer erst noch in dem ersten Stadium seiner Entwicklung sich befindet.

Die meisten Eisenbahnen im Verhältnis zur Bevölkerung hat die australische Kolonie Queensland, wo auf 10 000 Einwohner 118 km kommen. In den Vereinigten Staaten von Amerika kommen 46,0 km Eisenbahnen auf 10 000 Einwohner. Unter den europäischen Staaten nimmt in dieser Beziehung Schweden den ersten Platz ein mit 25,6 km. In Deutschland kommen 10,2 km, in Frankreich 12,1 km, in Großbritannien 9,0 km und in Belgien 11,2 km auf 10 000 Einwohner.

Von besonderer Wichtigkeit für den Weltverkehr sind die amerikanischen Pazifikbahnen, die den Atlantischen mit dem Stillen Ozean verbinden. Ihr Bau wurde 1862 mit dem Schienenwege von Missouri zur pazifischen Küste in Angriff genommen. Durch sie sind ungeheure Länderstrecken der Kultur erschlossen worden; ihnen hauptsächlich verdanken die Vereinigten Staaten den gewaltigen Umfang ihrer Produktion und ihres Handels in Getreide, die als weltwirtschaftliche Faktoren ersten Ranges anzusprechen sind. Gegenwärtig bilden die Pazifikbahnen mit zusammen 58 000 km Länge sechs Gruppen.

Von nicht minder internationaler weltwirtschaftlicher Bedeutung sind die Europa mit Asien verbindenden Eisenbahnen, die ihrer Vollendung und Ausgestaltung entgegen gehen. Nicht lange mehr, und die direkte Eisenbahnverbindung zwischen der Hauptstadt des Deutschen Reiches und Peking wird fertig sein — ein Schienenweg von 10 600 km Länge, der weniger als die Hälfte des Seeweges beträgt und in zehn Tagen zurückgelegt werden kann. Der weitaus größte Teil dieser riesigen Weltverkehrsstraße, die europäisch-asiatische Straße, 7880 km, ist bereits vollendet; auch die ägyptische Straße, 1280 km, ist zum Teil fertig, es fehlt dann nur noch die mongolische, 1500 km. Es kommen dabei natürlich noch viele und weitvergente Anschlußstrecken in Betracht.

So hat im Laufe von acht Jahrzehnten aus den Kleinfen und bescheidensten Anfängen heraus das Eisenbahnwesen eine Ausdehnung erfahren, die gemäß selbst die kühnsten Vorkämpfer dieses Verkehrsmittels nicht voraussetzen gewagt hätten. Nicht mehr in den vorgeschrittenen Staaten der weissen Völkerrasse allein, sondern auf allen Kontinenten und Inselgruppen, die von der europäischen Kultur überhaupt berührt werden, hat die Lokomotive Eingang gefunden. Allenthalben sind die Hindernisse, welche sich früher dem Eisenbahnbau unüberwindlich entgegenstellten schienen, technisch und ökonomisch behoben. Und in allen Ländern steht ihnen ohne Zweifel noch eine weitere gewaltige Entwicklung bevor. Für Asien und Afrika bedeutet das Erzeiße überhaupt erst die Anbahnung der Entwicklung.

Besondere Beachtung verdient, wie man die ungeheuren Schwierigkeiten, welche hohe Gebirge dem Eisenbahnbau entgegenstellen, überwinden hat. Die beständigsten Alpenübergänge (über den Sommering in einer Höhe von 906 m, den Brenner von 1405 m, den Mont-Cenis von 1429 m u. s. w.) und die die Gebirgswälle der Alpen durchbrechenden Tunnelbauten (Mont-Cenis, St. Gotthard, Arlberg, Simplon u. s. w.) sind imponente Meisterleistungen von internationaler Bedeutung, der Völkerverbindung, dem Weltverkehr dienend. Erinnert sei auch an das schon viel erörterte Projekt eines unterseeischen Tunnelbaus zwischen England und Frankreich.

Das Gesamt-Anlagekapital der Eisenbahnen der Erde wurde am Schlusse des Jahres 1906 auf rund 192 Milliarden Mark berechnet, wovon auf Europa etwas über 95 Milliarden und auf die übrigen Erdteile nahezu 97 Milliarden entfallen.

Im Laufe der letzten zehn Jahre hat der Verkehr mit einem neuen Gefährt, dem Automobil, eine immer stärker hervortretende Entwicklung zum Internationalismus genommen. Die Frage nach einer internationalen Regelung des Automobilverkehrs ist aktuell geworden. Wir haben freilich den Automobilismus zunächst als einen oft geradezu gemeingefährlichen Sport kennen gelernt. Aber auch hier waltet im Uebel ein Geist des Guten. Man muß anerken-

nen, daß die Entwicklung des Automobilismus vornehmlich mit auf Rechnung des Sports kommt. Und mehr und mehr wird er wirtschaftlichen Zwecken, dem Verkehrsbedürfnis, dem Warenverkehr usw. dienlich gemacht. Seine internationale Bedeutung dürfte er vorwiegend im Grenzverkehr gewinnen.

Die Erde mit ihren die Völker der Kultur trennenden Gebirgen, Bergen, Steppen und Wüsten hat der Mensch für den Verkehr von Volk zu Volk mit Schiffsahrt, Eisenbahn und Telegraphie bezwungen. Jetzt schied er sich an, auch Beherrscher der Luft zu werden. Das Problem des lenkbaren Luftschiffes, dem technischen Genie unendlich viel Mühe zugewand hat, und dessen Lösung solange bezweifelt worden ist, darf als gelöst betrachtet werden. Die Prophezie des Erasmus Darwin hat auch in diesem Punkte sich erfüllt. Zunächst das Kriegswesen in seinem einfachsten Wettbewerb sich des lenkbaren Luftschiffes bemächtigt. Wesentlich und in erster Linie unter dem Gesichtspunkt militärischer Interessen wird an seiner Verwirklichung gearbeitet. Aber die Zeit kommt, ganz sicher, wo es dem öffentlichen Verkehr von Ort zu Ort, von Land zu Land dienlich gemacht wird, der, ebenso wie der Schiffs- und Eisenbahnverkehr eine internationale Regelung erfahren muß.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ermäßigter Reichsbankdiskont. — Vorkursrückgänge. — Der amerikanische Eisenmarkt. — Jannarkattistid des Kohlenyndriates. — Eisenbahnverband im Januar. — Englischer Anzenhandel. — Export nach Amerika.

Nach langem Warten, das in den letzten Monaten hauptsächlich von politischen Beschränkungen nicht ganz unbeeinträchtigt war, hat die Reichsbank am 10. Februar ihren Wechseldiskont um 1/2 pSt. auf 3 1/2 pSt. herabgesetzt. Dementsprechend hat sie gleichzeitig den Lombardzinsfuß (für Darlehen gegen Pfandpfand von Effekten und Waren) von 5 auf 4 1/2 pSt. ermäßigt. Der vorangegangene Diskont von 4 pSt. war seit dem 18. Juni 1908 aufrechterhalten worden. Schon damals, rein nach dem augenblicklichen, überaus gestiegenen Banklage geurteilt, hätte man eine weitergehende Ermäßigung billigen können; die Bankleitung hielt jedoch den wirtschaftlichen Boden noch immer für schlüpfrig und schwanken, und sehr bald mahnten die Banknotizen zu fortgesetzter Vorsicht. Unterdes ist die Wochenabschlüsse vom damaligen 15. Juni und vom heutigen 15. Februar verglichen, der damals schon ungewöhnlich hohe Metallbestand weiter angeschwollen: von 1 077 200 000 auf 1 104 000 000, während die Inanspruchnahme gesunken ist: für Wechsel von 918 200 000 auf 728 900 000, für Lombardierung von 73 500 000 auf 67 800 000. Der Notenumlauf von damals und heute ist fast genau derselbe (1 380 300 000 auf 1 381 400 000), aber die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten betragen damals 1 710 700 000, heute 1 687 100 000. Die „Entspannung“ und Geldflüssigkeit läßt also kaum noch zu wünschen übrig. Die neue Übernahme der Reichsbank besteht zugleich ein wachsendes Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens, wenigstens unter den Militärgroßmächten.

Wenn trotzdem fast gleichzeitig die Börsen so neuem jährte Kursrückgänge zu bezeichnen hatten, so fällt dadurch ein großes Licht auf die vorherige künstliche Lage der Kursbehebung und auf die anstehende, ja sogar sich verschlimmernde Depression der eigentlichen Produktion. Selbst die Terrain- und Baugesellschaften, deren Kursbehebung in der vorletzten Rundschau geschildert wurde, haben wieder abwärts abwärts begonnen, obwohl bei beiden meistens eine wesentliche Besserstellung gegen den Jahresanfang bleibt, da der Glaube an ein reges Frühjahrsbaugeschäft im großen und ganzen nicht erschüttert ist. Um so widerstandsfähiger zeigten sich, neben den vielen kleinsten „Spezialitäten“, des Effektenbörsenhandels, die wichtigsten Bergwerks- und Hüttenaktien.

Hier ist vor allem der bereits das vorige Mal kurz erwähnte Weiterverkauf des amerikanischen Eisenmarktes, der dem Bestimmung zuletzt immer neue Richtung zuführte. Trotz ihrer überragenden Stellung und

ihrer außerordentlichen Kapitalkraft vermochte die United States Steel Corporation (der Stahltrust) den Markt nicht länger zu kontrollieren. Die Außenleiter mit ihren Preisunterbietungen drangen zusehends vor. Wie so oft, hielten sich nunmehr die Verbraucher, in Erwartung späterer noch niedrigerer Bezugspreise, mehr und mehr zurück. Das Signal zu einer förmlichen Flucht gaben schließlich die Carnegiebörse mit ihrer erheblichen Senkung der Stahlbarrenpreise um Doll. 4 pro Tonne am 20. Februar. Den gleichen Preisnachlass löbigen Chicagoer Gesellschaften für Wauffah an. Stahlröhren fielen am Pittsburger Markt um Doll. 10 bis Doll. 12. Gary, der Präsident des Stahltrustes, gab bekannt, daß der Trust nunmehr gleichfalls die Politik der möglichen Preisfesthaltung aufgeben. Der Schienenpreis, der sich vorher auf Doll. 28 hielt, fiel sofort um Doll. 8. Der Preis für eine Tonne amerikanischen Hoheisens Nr. 2 betrug im Februar 1907 noch Doll. 27, sank im Februar 1908 auf Doll. 18, und stellt sich gegenwärtig auf nur Doll. 16,25 bis Doll. 17. Man bringt diese ziemlich plötzliche Umkehr mit der Zollfrage in Verbindung. Da gewisse Zollsenkungen während der Wahlbewegung verprochen wurden und jetzt durch die Einsetzung einer Tarifkommission in greifbarere Nähe rücken, so mache man seitens der Interessenten von allen nur verfügbaren Abwehrmaßnahmen Gebrauch. Die schlimme Lage des Marktes solle als Beweis dagegen dienen, daß die Produktion eine Steigerung der Auslandskonkurrenz ertragen könne. Das wäre ein sehr gewagtes, obwohl kein undenkbares Spiel. Nur hat es seine sehr ernsten Folgen nicht nur für die amerikanische Zollpolitik, sondern auch nach andren Richtungen und schließlich auch für Europa. Beispielsweise fängt die New Yorker Börse wesentlich von den Schwankungen des Eisenmarktes ab, und die Aktienkurse während des Vorjahres allemal stark emporgedrungen wurden, so müßte ein umfassender Kurszusammenbruch manchem Spekulant das Leben kosten und den kreditgebenden Banken abermals neue Verlegenheiten bereiten. Jede Deroute an der New Yorker Fondsbörse pflanzt sich aber erfahrungsgemäß heute bis nach Europa fort.

Bei uns verharbt die Eisenproduktion im allgemeinen in der Letzgarie der letzten Monate weiter. Dagegen lautete der Jannarbericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndriats von allen letzten Monatsabschlüssen am wenigsten tröstlich. Stellt man monatsweise die Förderer, dann den rechnermäßigen Absatz absolut und in Prozenten der Beteiligung (der für die Syndikatsregelung angenommenen Förderfähigkeit) zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Monat	Förderung			Rechnermäßiger Absatz					
	in 1000 Tonnen			in Prozent der Beteiligung					
	1907	1908	1909	1907	1908	1909			
Januar	6689	6919	6386	5587	5666	4922	84,64	87,03	78,38
Februar	6128	6994	—	5154	6010	—	87,58	93,08	—
März	6682	6894	—	5618	5702	—	87,98	87,67	—
April	6392	6490	—	5467	5802	—	89,05	85,64	—
Mai	6321	6836	—	5368	5607	—	87,40	86,85	—
Juni	6495	6257	—	5618	5205	—	91,64	86,86	—
Juli	7245	7335	—	6233	5949	—	90,90	85,55	—
August	7199	7059	—	6198	5825	—	90,39	86,99	—
September	6558	7072	—	5679	5711	—	89,49	85,25	—
Oktober	7164	7103	—	6999	5680	—	87,25	80,19	—
November	6735	6508	—	5750	5137	—	93,42	83,23	—
Dezember	6608	6453	—	5769	4998	—	94,59	80,32	—

Das bedeutet natürlich noch lange nicht, daß die Grubenmagnaten bei ihren noch immer abnorm hochgehaltenen Kohlenpreisen irgendeine mit Recht zu klagen hätten. Aber es führt den Umkehrung der Konjunktur, selbst für das gesicherte Produktionsgebiet, deutlich vor Augen auf die Wertendwertung der Bergwerksaktien kann das nicht ohne Einfluß bleiben. Dabei fällt die starke Ausfuhr auf diesem Gebiete ununterbrochen an. Im Januar wurden 1 734 924 t Steinkohlen aus Deutschland exportiert, gegen 1 402 912 t im Januar 1908, also diesmal 332 012 t oder volle 23,6 pSt. mehr. Die Steinkohleneinfuhr nach Deutschland dagegen ist gleichzeitig von 643 960 t auf 509 163 t zurückgegangen, dazu

umfassender Weise zur Herstellung von Fußböden verwendet wird, den Trägern der Deckenkonstruktion in höherem Maße gefährlich wird. Unter andrem führt Dehnigkeit den Verfall einer aus Bausteinen bestehenden Kommission an, welcher der Baugewerkschaft von San Francisco überreicht wurde. Die Kommission war ausdrücklich mit der Untersuchung auffälliger Zerstörungen von Metall in Zementbeton beauftragt worden. Es wurde festgestellt, daß der Schadenbeton, wie er in San Francisco, aber auch jedenfalls anderwärts in großen Mengen Verwendung fand, an verschiedenen Stellen kleine Spaltöffnungen ergab und auch Kohle enthält, größtenteils in haubförmiger Gestalt, aber auch in Stüben bis zu zwei Zentimeter Größe. Die Untersuchung wurde an einem durch Feuer zerstörten Gebäude vorgenommen, aber es fanden sich in der Decke auch Holzplättchen, die nicht zerstört waren, woraus man entnehmen kann, daß die Stübe nicht sehr groß war. Aber es zeigten sich sehr zahlreiche Vertiefungen von Kalergröße an den vollständig in Beton eingebetteten eisernen Trägern, und stellenweise war das Metall dermaßen zertrübt, daß man es ganz leicht mit dem Fingernagel abkratzen konnte. Die Kommission gelangte zu dem Resultat, daß die Zerstörung dermaßen fortgeschritten war, daß die Fußböden höchstens noch zwei bis drei Jahre über durch getragen hätten, wenn das Gebäude nicht ohnehin durch das Feuer zerstört worden wäre. — Das ist aber nicht ein vereinzelter Fall, vielmehr ist diese Untersuchung gerade deshalb eingeleitet worden, weil man schon sehr häufig die zerstörende Wirkung des Schadenbetons bemerkt hatte.

Die nächste Frage war nun die, ob man den Beton und das eingebettete Eisen gegen Feuchtigkeit und Wasser schützen kann, indem man andere geartete Körper zwischen dem Beton und dem Erdreich einschaltet, beginnend den Beton

gegen den Angriff des Wassers isoliert. Die ersten Versuche, die in dieser Richtung gemacht wurden, bestanden in dem Anstreichen der Mauerkörper mit heißem Kalkwasser, Fett oder Asphalt. Dieses Mittel wird auch heute noch vielfach zum Schutze von Beton oder Mauerwerk angewendet. Nach dem Erlahmen belamen die Schulbaustriche aber häufig infolge des Segens des Bauwerkes Risse, wodurch natürlich der Erfolg des Anstreiches in Frage gestellt wurde. Dann verbandte man grobe, mit Teer oder Asphalt bedeckte Leinwand, die aber das Reissen der Deckfläche nicht verhindern konnte. Dann wieder begann man Leerpappe für den gleichen Zweck zu verwenden; aber dieses Material besitzt nicht genug Biegestärke und Zugfestigkeit, um der Aufgabe in zweckmäßiger Weise dienen zu können.

Dehnigkeit kommt zu dem Ergebnis, daß ein fester faseriger Nitz, der durch Imprägnieren vollständig wasserundurchlässig wird, das beste Schutzmittel darstellt, namentlich für Klebbaarbeiten. Erforderlichenfalls können mehrere derartige Lagen übereinander Verwendung finden und durch einen elastischen Aufspaltzement miteinander verbunden werden. Von welcher Art dies als Aufspaltzement bezeichnete Material ist, vermag ich meiner Quelle nicht zu entnehmen. Indessen ist anzunehmen, daß dieser Aufspaltzement die Beschaffenheit des bei uns heute vielfach gebrauchlichen Jostermörtels besitzt; er besteht aus bituminösen, mit Zement oder sonstigen Mineralien vermengten Körpern. Man stellt auf diese Weise eine wasserdichte Deckfläche her, die sich dicht an den Mauerkörper anmiegt und so biegsam ist, daß man sie ohne Schaden tüchtig ziehen, biegen und strecken kann. Der Effekt besteht darin, daß eine derartige Hülle aus einem wesentlichen anders gearteten Material wie der Mauerkörper besteht und beim Sacken des Bauwerkes, Stößen, Erschütterungen, beim Ausdehnen und Zusammenziehen der Mauerkörper keine Risse erhält,

sondern nachgibt und gegen Hitze und Kälte wie gegen Eis und Wasser unempfindlich bleibt.

Wenn auch Dehnigkeit von dem von ihm empfohlenen Material vielleicht etwas zu begeistert ist, so ist doch der Grundgedanke unbedingt als zutreffend anzuerkennen. Wir dürfen die Mauerwerke nicht als etwas starres und Unbewegliches betrachten, sondern wir müssen mit der Bewegung aller Teile rechnen und uns deshalb fragen, ein guter Schutzmantel gegen Wasser und Feuchtigkeit kann nur aus einem Material bestehen, das nicht rissig wird, sondern trotz aller Bewegungen des Bauwerkes diesen immer noch dicht umhüllt. Und wenn wir schon das eingebettete Eisen nicht beobachten können, so müssen wir doch wenigstens den Zement oder Beton, der das Eisen umschließt, mit einem Deckmantel versehen, den wir selbst als dicht und rissfrei erkannt haben — nicht mit einer Deckfläche aus Zement oder Asphalt, von denen wir selbst wissen, daß sie unbedingt bei Bewegung des Bauwerkes Risse erhalten müssen.

Beachtenswert sind ferner die Einzelheiten, die der genannte Fachmann als Erfahrungen aus seiner reichen Praxis mitteilt. Die Arbeiten zum Schutz gegen Wasseranbruch sollen niemals unternommen werden, wenn die Temperatur unter 5 Grad Celsius gesunken ist. Bei warmem Wetter wird viel bessere Arbeit geliefert, da sich bei Kälte die Filzplatten viel schwerer handhaben lassen. Auch erstarrt der heiße Aufspaltzement, so daß er zu schnell fest wird, namentlich, wenn er auf die kalte Mauer gebracht wird. Es ist dann sehr schwierig, die Filzlagen miteinander zu verbinden.

Ein großer Fehler besteht darin, daß man den Leuten, die mit dieser Arbeit betraut sind, nicht genügend Platz haben und durch allerlei Baugeschäfte an der freien

nach weiter die Braunloheinfuhr von 690 429 t auf 577 865 t.

Die Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen sind im Januar etwas dadurch beeinflusst, daß diesmal der Januar einen Sonntag mehr und einen Werktag weniger hatte.

Die fortdauernde Internationalität dieses Druckes kann man an den englischen Außenhandelsziffern ablesen. Hier ging im Januar der Wert der Wareneinfuhr (53 510 000 Pfund Sterling) gegen den bereits ungunstigen Januar 1908 nochmals um 2 850 000 Pfund Sterling (also um über 57 000 000) zurück, dagegen 1907 sogar um über 7 020 000 Pfund Sterling.

Wie wichtig bei der europäischen Ausfuhr der Rinderbegehrt Mexikas in die Wagchale fällt, das lehrt die von den amerikanischen Konsulaten losen veröffentlichte Zusammenstellung für Deutschland.

Jahr	Gesamtausfuhr Dollars	Gegen das Vorjahr	
		mehr (+) Dollars	oder weniger (-) Prozent
1904.....	111240225	—	—
1905.....	126133199	+ 14892974	+ 13,4
1906.....	153142999	+ 27009800	+ 21,4
1907.....	169392340	+ 6249341	+ 4,1
1908.....	128239054	- 81153286	- 19,6

Der erste große Rückgang im Herbst-Winter 1907 vermochte also den starken Ueberhub der ausgezeichneten ersten drei Vierteljahre von 1907 noch nicht in ein Gesamtergebnis umzuwandeln.

Berlin, 21. Februar 1909. Mag. Schippel.

Politische Umschau.

Agrarier-Fasching. — Agrarier-Pöbel. — Reichsfinanzreform. — Kolonialdebatte im Reichstage: Eine dunkle Bangebergschichte. — Eine moralische Niederlage der Polenpolitik der preussischen Regierung im Reichstage. — Weitere Kolonialdebatten im Reichstage. — Reichstagsersatzwahlen.

Die Karnevalswoge ist vorüber. Der Reichstag hatte am sogenannten „Rosenmontag“ und am Dienstag, dem Fastnachtstage, an dem der Mummenstanz und der Fubel und Trubel genutzter Nartheit seinen Höhepunkt und sein Ende erreicht, die Sitzungen unterbrochen. Die Reichsboten hatten „frei“. Weshalb? Vielleicht, um die Faschingsfreuden unter dem Regiment des Prinzen Karneval mit zu genießen? Ei bewahr! Solch eine Profanierung der eigenen Person kann man den Volksvertretern nicht zumuten, obwohl wir sie einer gewissen Sorte von Parlamentariern nicht verbieten würden, wenn sie sich dafür eines politischen Karnevalstreibens enthalten möchten.

Der gutgesinnte Bürger in Karrenlapp und Mäste als freiwilliger Gefolgsmann belagert Prinzen ist ein harmloses Geschöpf. Wenn er aber unter allerhand Maskierung anderer Art, im Gewande der Lüge und der Heuchelei, die Rolle des

politischen Harlelins spielt, dann darf man ihn nicht mehr harmlos nehmen! Unsere Leser werden wohl schon durch die Tagespresse darüber unterrichtet sein, daß die zweitägige Rade in den Reichstagsarbeiten ausgefüllt wurde durch einen politischen Karneval des Bundes der Landwirte. Der hielt am Rosenmontag im Zirkus Busch zu Berlin seine Generalsversammlung ab. Die kleine Sippchaft der Junter und etliche Tausende ihrer Bundesgenossen veranstalteten da eine Demonstration für ihre „gute und gerechte Sache“, die Sache politischer spekulativer Infamie gegen das Volk und seine Interessen, und guten Teils auch gegen die Regierung im Punkte der Reichsfinanzreform. Der Oberdenkagoge des Bundes, Dr. Dieblich Hahn, konnte unter dem frentischen Beifall der Getreuen verkünden, daß es den Konserwativen im Bunde mit dem Zentrum gelungen sei, das Spbottische Projekt der Nachlasssteuer so gut wie begraben zu haben. Dr. Hahn feierte diesen Sieg des agrarischen Selbstganatismus und den „wachsenden Einfluß des Bundes der Landwirte“ unter bössartigen Ausfällen gegen den Landwirtschaftsminister und die Regierung überhaupt. Der Xenor seiner Ausführungen war: Die Regierung muß tun, was die Bandler von ihr verlangen, sonst — kriegt sie nichts. Die Junter-Freier von Wangenheim, der Januschauer Oldenburg, der ehemalige Staatsminister v. Bobielski, der „berühmte“ Schweinezüchter, spannen denselben Faden weiter und ergingen sich in Angriffen gegen die auf die Reform des preussischen Wahlrechts gerichteten Bestrebungen. Wehe, wenn auch nur die „Reform“ kommt, die die preussische Regierung vornehmen hat! Dann werden „die Throne trachen“ und der „Weg zur deutschen Republik ist offen“, das „Feuer der Revolution“ wird berkezend wirken. Deshalb muß es bleiben beim geheiligten Dreiklassen-Wahlssystem. Deshalb darf Se. Majestät unter keinen Umständen in eine Durchbrechung oder gar Beseitigung dieses Systems willigen. Entspricht er diesem Verlangen, so werden ihm die Bataillone der Agrarier diesen Arbeiterbataillone zur Verfügung stehen. So lange dies der Fall, braucht sich Se. Majestät keine Sorge zu machen. So lange die Landwirtschaft die Wehrzahl der Soldaten stellt, „so lange werden die Proletarier und Wollenschieber nichts verrichten können“. Natürlich und ganz selbstverständlich und ohne Zweifel ist der Bund der Landwirte „die feste Stütze des Thrones und der bestehenden Ordnung“.

Weiter können byzantinische Demagogie und ihr Appell an die Interessen des Gottesgläubentums wohl nicht getrieben werden!

Nach einer Aecherung des Dr. Hahn sind die Junter, die Zentrumsagrarier und die nationalliberalen Großindustriellen fest entschlossen, gemeinsam zu kämpfen für die Ausgestaltung des Hochschulsystems und gegen gesetzlichen Arbeiterschutz, wie auch gegen die Gewährung politischer Rechte an das arbeitende Volk.

So haben sich die Junter und Juntergenossen aufs neue in demonstrativster Weise zu schamloser Reaktion und Volksausbeutungspolitik belannt. Sie trönten ihr Werk durch eine Pöbeleie gegen den Professor Adolf Wagner. Dieser streng konservative Mann hatte in der zweiten Beratung des Bundes, am Dienstag, den Mut, offen und frei für die Nachlasssteuer und gegen neue indirekte Belastung des Volkes aufzutreten. Er wurde verhöhnt und niedergebriht — derselbe Mann, der den konserwativen Jahrgehnte hindurch als volkswirtschaftliche Autorität gegen den Liberalismus und die Sozialdemokratie gepöbeln hat! Der Ritter-

gutsbesitzer v. Bodelschwingh sagte ihm in Erwiderung auf sein Eintreten für die Arbeiterinteressen u. a.: Der Gedanke einer Arbeitslosenversicherung sei „grober Unfug“. So ist's recht! Die Proletarier-Kangalle ist doch nur dazu auf der Welt, sich von Agrarier- und Schlotjuntern ausbeuten und unterdrücken zu lassen. Etwa 400 Millionen Mark neue Steuern sollen die Arbeiter geduldig tragen, — aber ein Anrecht auf gesetzlichen Schutz ihrer Interessen haben sie nach der Auffassung des Juntertums nicht. Freche und unerschämte Subjekte sind es, denen es „noch viel zu gut“ geht, und die gewiebelt und „zur Maison gebracht“ werden müssen!

Wie weit die politische Macht der Junterfippchaft geht, erfieht man recht deutlich aus dem Verlauf der Beratungen der Finanzkommission des Reichstages. Da dreht sich alles um den Willen dieser Sippchaft, der energisch entgegenzutreten die Regierung offenbar nicht den Mut hat. Was aus der „Reichsfinanzreform“ werden wird, vermag heute kein Mensch zu sagen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß ein Kompromiß zwischen Regierung und Wloparteiern zustande kommt. Andernfalls ist ein Zusammengehen von Regierung, Konserwativen und Zentrum nicht ausgeschlossen.

Im Plenum des Reichstages brachte der Zentrumsabgeordnete Erzberger bei der zweiten Beratung des Etats der Schutzgebiete und des Kolonialamts u. a. zur Sprache, daß für Bauten in den Kolonien jahraus, jahrein Hunderttausende ausgegeben werden, daß aber dann weder die Bauten, noch das Geld da sind. So ist z. B. ein Posten von 1 550 000 für nicht ausgeführte Bauten spurlos verschwunden!

Zur ersten Beratung gelangte folgender Antrag der Fraktion der Polen, betr. die Freiheit des Grundeigentums:

„Keinem Reichsangehörigen dürfen mit Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis, die politische Gesinnung oder die Nationalität Beschränkungen irgendwelcher Art bei dem Erwerb oder der Veräußerung von Grundeigentum oder der Errichtung von Wohnstätten auferlegt werden.“

Alle entgegenstehenden Landesgesetzlichen Bestimmungen werden aufgehoben.“

Die Regierungsvertreter hatten es vorgezogen, dieser Verhandlung demonstrativ fernzubleiben. Am Bundesratsstische befand sich niemand. An der Debatte beteiligten sich von den sozialdemokratischen Abgeordneten Qué und Lebehour, die beide, wie es die Grundzüge der Partei und die Menschenrechte fordern, gegen die Vergevaltigung der Polen sprachen.

Der Antrag der Polen wurde in namentlicher Abstimmung mit 189 gegen 132 Stimmen angenommen. Dann ging die Kolonialdebatte weiter. Es kam zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Staatssekretär Dernburg und dem Abgeordneten v. Liebert, dem Reichsverbandshauptling, und Dr. Arentz von der Reichspartei. Das sind zwei Kolonialübermenschen, denen das System Dernburg und dessen Vertreter, Ordnung in den Kolonien zu schaffen, ganz und gar nicht paßt. So warfen sie ihm deshalb, weil er in Ostafrika mit dem Prügel umgehen aufgedummt hat, „Humanitätsduselei“ vor. Dernburg fertigte diese Feze recht humorvoll ab. Der sozialdemokratische Abgeordnete Eichhorn unterzog die kolonialen Einrichtungen und Zustände einer scharfen Kritik, speziell auch die, in denen bei der Anpflanzung das großkapitalistische Ausbeutungssystem der kleinen Pflanzern und den Arbeitern gegenüber offenbar bevorzugt wird.

Bewegung befindet sich, oder wenn außen der Schacht zwischen Mauerwerk und Erdreich zu schmal ist, dann können sie nicht hinreichend sauber und korrekt arbeiten, und hier kommt es sehr auf besonders sorgfältige Arbeit an. Was den Tiefbau betrifft, so sind die Arbeiter häufig genötigt, in engen Schächten und Tunneln zu arbeiten; da ist es von größter Wichtigkeit, alle unnötigen Hindernisse aus dem Wege zu schaffen und den Raum reichlich zu beleuchten. Uebetriebene Sparfamkeit wird sich hier bitter rächen.

Ein anderer großer Fehler besteht darin, daß man bei Ausarbeitung der Entwürfe den Schutz der Quatörper gegen Wasser und Feuchtigkeit gar nicht berücksichtigt. Erst wenn die Arbeit so weit fortgeschritten ist, beginnt man mit dem betreffenden Unternehmer über diesen Gegenstand zu verhandeln. Aber die Lage der imprägnierten Filzplatten ist von größter Wichtigkeit. Man muß diese in einen besonderen Wertplan gewissenhaft eintragen und sie schon bei Ausführung der Konstruktionszeichnungen berücksichtigen. Das wird größtentils nicht beachtet; die Isolierung ist dann eben nur dazu da, daß man sagen könne, man habe etwas in der Sache getan; aber ihren Zweck vermag die Isolierung dann nicht zu erfüllen.

Ferner ist es von größter Bedeutung, nur solche Leute mit dieser Arbeit zu betrauen, die speziell dafür ausgebildet sind. Nicht jeder beliebige Dachdecker, der die Eindeckung von Pappdächern versteht, vermag auch Isolierungsarbeiten verständig auszuführen. Ferner müssen die aufgestellten Isolierungen während der Bauarbeit geschützt werden. Unverantwortliche Arbeiter fahren mit schweren Karren über die frischgelegten Filzplatten hinweg, paden schwere Werkzeuge, Wertsteine und sonstiges Material darauf, wodurch sie großen Schaden anrichten. Hier ist Sparfamkeit auch nicht am Plage. Es ist zweckmäßig, alle

hergestellten Isolierungsschichten völlig gleichmäßig mit einer flachen Schicht aus Ziegelsteinen abzudecken und diese so lange darauf zu belassen, bis die Schutzschicht an der betreffenden Stelle die durch die Konstruktion vorgeschriebene Bedeckung erhält.

Als Beispiel aus der Praxis werden folgende Bauausführungen angeführt. Die Oberfläche einer Brücke wurde zur Herstellung des Pflasters zunächst mit einer Deckschicht aus imprägnierten Filzplatten belegt, auf diese kamen hartgebrannte Ziegel, welche sich in einer dicken Lage heißen Asphaltzements verlegt wurden. Auch die Fugen wurden mit einem heißen Asphaltzement ausgegossen, und schließlich das ganze Asphaltpflaster mit einer Lage dieses Asphaltzements bedekt. Darüber kam Kies- und Gesteinschotter, worin die Schwellen für die Eisenbahnschienen verlegt sind.

Bei einem großen Hallenbau wurde das Pflaster in folgender Weise ausgeführt. Unmittelbar auf die Schutzschicht wurde Zementmörtel verlegt, auf diesen kamen die Ziegel und auf die Ziegel wieder eine Schicht Zementmörtel.

Als die beste Methode, mehrere Filzplatten in horizontaler Lage übereinander zu legen, wird folgende Ausführung empfohlen. Während ein Mann den heißen Asphaltzement auf das Unterpflaster streicht, rollt ein anderer den Filz auf, indem er sich zum Aufwinden des Filzes einer an einem kleinen Stabe befindlichen Keilen Hilfe bedient, vermittelfst deren er gleichzeitig die aufgelegte Schicht andrückt und so die Luftblasen entfernt.

Was nun die vertikalen Isolierungen betrifft, so ist es jedenfalls nicht zweckmäßig, die mit Bitumen und ähnlichen Stoffen imprägnierten Filzplatten direkt dem Wasserdrucke auszuliefern. Namentlich überall, wo man mit einem

größeren Wasserdruck zu rechnen hat, soll zwischen der vertikalen Isolierschicht und der Angriffseite ein dem Wasserdruck entsprechendes, genügend starkes Mauerwerk hergestellt werden, das man zweckmäßig aus dichten Steinen in Isoliermörtel herstellen und außen mit dem Isoliermörtel bekleben wird. So wird einerseits die Filzplatte gegen den heftigen Druck geschützt, während diese wieder gegen einwirkende Feuchtigkeit als Schutzwehr für das innere Mauerwerk dient, wenn etwa der Isoliermörtel rissig werden oder unter dem heftigen Druck doch einen Teil des Wassers durchlassen sollte.

Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß im Hochbau im Brückenbau die sachgemäße Ausführung der Isolierungsschichten — im Brückenbau namentlich oberhalb der Gewölbe — nicht nur zum Schutze der Konstruktion dient, sondern auch ästhetischen Zwecken. Denn wie sehr ein Bauwerk, ohne noch gefährdet zu sein, entstellt wird, wenn das Wasser durch Auspfließen selbst geringer Mengen des Fugenmaterials die Oberflächen entleert oder zu Ausblühungen, Verwitterungen, Fäulnis usw. Veranlassung gibt, das ist allgemein bekannt. Hier bedien sich, wie so häufig, Zweckmäßigkeit und Schönheit.

Was nun speziell den Eisenbeton betrifft, so wird es zweckmäßig sein, einmal wirklich praktische Versuche Jahre hindurch an Bauwerken zu bewirken, um zu ermitteln, wie das Eisen sich in Betonbauteilen verhält, die lediglich mit Zement verputzt sind und solchen, die mit Asphalt oder Teer gestrichen bzw. mit imprägnierten Filzplatten belegt sind. Nur an einem Bauwerk kann man möglichst gleichartige Bedingungen schaffen, während Laboratoriumsversuche immer ein recht zweifelhaftes Experiment bleiben werden.

Nicht nur die Regier, sondern auch die weissen Arbeiter, die ins Land kommen, sind ungerechtester Behandlung unterworfen. Neuerdings sind Beamte und Arbeiter der Oltawin- und Eisenbahngesellschaft mit Klagen hervorgetreten. U. a. berichten sie: bei Mine und Eisenbahn sind über die Hälfte selbst der höheren Beamten Nichtdeutsche, Italiener, Kroaten, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Spanier usw. Und dabei wimmelt Sozialpöbel und beschäftigungslosen Deutschen jedes Schiff bringt billige Arbeitskräfte, die sich um jeden Preis anbieten. Rücksichtslos werden alte Beamte und Arbeiter durch diese billigeren Neulinge erpresst und auf die Straße geworfen, oft ohne alle Subsistenzmittel, so daß sie den 75 Kilometer langen Weg nach Spalopmund als Handwerksburschen zu Fuß zurücklegen müssen. Und das nennt man „nationale Politik“.

Am 26. Februar haben zwei Reichstagsversammlungen stattgefunden, in Alzey-Bingen die Stichwahl, in Verden-Hoya der erste Wahlgang. In Bingen-Alzey wurde der Zentrumskandidat Hebel mit 12 027 Stimmen gegen den Kandidaten der freiwirtschaftlichen Volkspartei, Körell, auf den 10 877 Stimmen entfielen, gewählt. Das Zentrum verdammt seinen Sieg der Unterstützung der Nationalliberalen. Die sieben ihre freiwirtschaftlichen Blodbrüder gründlich im Stich, während Herr Körell die Stimmen der Sozialdemokraten erhielt; sie sehen in ihm mit Recht gegenüber dem Zentrumskandidaten das „kleinere Uebel“.

Die Wahl im hannoverschen Wahlbezirk ergab kein definitives Resultat. Es wurden gewählt: für den Präsidenten der Preussische Dr. Heiligenstadt (nationalliberal) 6868, für den Hofbesitzer Harries-Henzen (freiwirtschaftlich) 8419, für den Justizrat Dr. Lewin (freiwirtschaftliche Volkspartei) 8155, für den Gutbesitzer b. Dannenberg (Welfe) 6220, für den Mediziner Penke (Sozialdemokrat) 6385 Stimmen. Demnach muß Stichwahl zwischen Heiligenstadt und Dannenberg stattfinden.

Wie sich die Sozialdemokraten in der Stichwahl stellen werden, ist noch nicht bekannt. Für den Nationalliberalen werden sie natürlich unter keinen Umständen eintreten.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern (st fernzuhalten):

Deutschland:

Maurer:

Hansstädte:
Hamburg (Sperre über die Schornsteinbaufirma Diedrich);

Schleswig-Holstein:
Rendsburg (Sperren über die Karlshütte und das Kokswerk in Aendorf), Husum (Sperre über A. Borzinski);

Mecklenburg:
Sülze (Sperre über Holdorf);

Pommern:
Treptow a. d. Rega (Sperre über Paul Wittke), Bergen a. R. (Sperre über Rudolf Wahl in Binz);

Königr. Sachsen:
Leipzig (es sind gesperrt: Marien- & Kunze, Bahnhofsbauteil, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse), Mülsen (Sperren über E. Meier in Ortmanndorf und F. Döhl in Mülsen-St. Nikolaus), Frankenberg (Sperre über Winkler), Bautzen (Sperre über Thomas);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Merseburg (Sperre über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt), Weissenfels (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Halle (Sperre über Ifland in Passendorf), Aken (Sperre über Karl Kartäuser);

Thüringen:
Allstedt (Aussperrung), Ronneburg (Sperre über Kretschmar), Arnstadt (Sperre über O. Gressler);

Hannover-Oldenburg:
Hannover (Sperre über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg), Misburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), Osterholz-Ritterhude (Sperre über Bahnbauteil, Unternehmer Stabenow, in Gütersloh), Nordenham (Sperre über die Bauteil des Metallwerkes);

Westfalen und Rheinland:
Düsseldorf (Sperre über Zensen in Bonrath und über die Diakonissenanstalt in Kaiserswerth), Oeynhausen (Sperre über das Eisenwerk „Weserhütte“);

Elsass-Lothringen:
Straßburg (Sperre über Sütterle);

Fliesenleger:

Rheinland-Ruhr: (Sperre über Möhlenbrück & Matheis), Cöln und Düsseldorf (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), Nürnberg (Sperre über Ostertag & Herbst);

Isolierer und Steinholzleger:
Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 29), Cöln (Sperre über die

Korkelithwerke), Chemnitz (Sperre über Ziegeler & Fritsche), Hamburg (Aussperrung), Dresden (Sperre über die Firma Rudolf Michel).

Oesterreich:

Karlsbad.

Holland:

Volp und Zülpfen (Aussperrung; Differenzen im ganzen Lande).

Gau Leipzig.

In Eisenburg hatten unsere Kollegen im Juni vorigen Jahres Forderungen an die Unternehmer gestellt. Die Unternehmer überwiesen die Angelegenheit dem „Gemischten Arbeitgeberverband für Eisenburg“, dessen Mitglieder sie waren, zur Erledigung. Das Ergebnis der gemeinsamen Verhandlungen war, daß sich die Unternehmer bereit erklärten, den Stundenlohn vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 auf 48 $\frac{1}{2}$ — bisher 45 $\frac{1}{2}$ — zu erhöhen. Unsere Kollegen stimmten diesen Vereinbarungen zu, damit hatte sich diese Lohnbewegung erledigt. Anfang Februar dieses Jahres haben sich die Eisenburger Unternehmer dem deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angeschlossen. In unserm Zweigverein ist nun unterm 26. Februar folgendes Schreiben ausgegangen:

„Wir als Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und verwandte Berufe für die Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringische Staaten. Sitz Halle a. d. S.“

Halle, 25. Februar 1909.

An den Zentralverband der Maurer, Zweigverein Eisenburg, zu Händen des Herrn Gastwirt Wilhelm, Eisenburg.

Unter Bezugnahme auf das Ihnen von dem uns angeschlossenen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Eisenburg vor längerer Zeit gestellte Vertragsangebot haben Sie bis heute, wie uns mitgeteilt wird, noch keine Antwort gegeben. Wir erklären Ihnen hiermit, daß der Abschluß eines Vertrages in dieser Fassung weder von uns, noch von seiten des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, genehmigt werden kann. Unsere dortigen Mitglieder haben die Stundenlöhne für Maurer am 1. 4. 1908 um 2 $\frac{1}{2}$ und am 1. 4. 1907 um weitere 2 $\frac{1}{2}$ erhöht, so daß nach den am 1. April vorigen Jahres getroffenen Abmachungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Baugewerbe weitere Lohnerhöhungen vor dem 1. 4. 1910 nicht stattfinden können. Da nun von dem dortigen Verbande irtümlich eine Lohnerhöhung zugestimmt worden ist, so willigen wir ein, ab 1. 4. 1909 1 $\frac{1}{2}$ pro Stunde Zulage zu gewähren.

Wir richten nun an Sie die Frage, ob Sie gewillt sind, nach den im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarungen und dem vorliegenden Schema einen Vertrag zu schließen mit dem dortigen Arbeitgeberverband bis 31. 3. 1910, andernfalls von einem Vertragsabschluss Abstand genommen werden und der bisherige Lohnfuß bestehen bleiben muß.

Sollten wir aber der Vorhabe des Arbeitgeberverbandes, Herr Maurermeister C. Gohmann, Eisenburg, bis zum 4. März cr. keine Nachricht von Ihnen haben, so nehmen wir an, daß Sie mit unfrem Heutigen einverstanden sind, also auf einen Vertragsabschluss verzichten und die Löhne unverändert anerkennen.

Bezirks-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe usw. Otto Grote, Vorsitzender.

Aus diesem Schreiben ist zu ersehen, welche Unflarheit in den Köpfen der Unternehmer über die vorjährigen Tarifverhandlungen besteht. Der unter dem Einfluß gebliebener, wirtschaftlicher Verhältnisse gefällte Schiedsspruch vom 27. April 1908, soll bei den Unternehmern wahrscheinlich bis in alle Ewigkeit als Unvollständigmittel gegen Lohnerhöhungen dienen. Der Punkt 3 des bekannten Schiedspruchs besagt ausdrücklich, soweit der Lohn in Betracht kommt: „anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe“.

Die Zuständigkeit der Berliner Vereinbarungen für spätere Vertragschlüsse beschränkt sich auf das Vertragsangebot, der Schiedsspruch in der Lohnfrage gilt nur für die damaligen Bewegungen. Zudem aber steht die Sache in diesem Falle so, daß bereits ein gültiges Abkommen besteht, nämlich die Vereinbarung zwischen den Eisenburger Mauern und Unternehmern, wonach der Lohn in diesem Jahre auf 48 $\frac{1}{2}$ steigt. Diese Vereinbarung kann durch den Verzicht der Unternehmer zu einer Vereinbarung, die andere Vereinbarungen hat, nicht aufgehoben werden, sie müssen die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Die Gauleitung hat deshalb Herrn Grote empfohlen, sich an seinen Bundesvorstand zu wenden, damit ihn der befehlet. Wir werden uns solche Schiebungen nicht gefallen lassen; Herrn Grote ist diese Praxis wohl noch von Halle her geläufig, wo man sich im Jahre 1900 auch unter den fadensteinsten Vorwänden der eingegangenen Verpflichtungen entledigen wollte.

Gau Stettin.

Der Arbeitgeberverband in Schwane teilt unfrem Zweigverein mit, daß die wirtschaftliche Lage die allernüchternste ist, daß in verschiedenen Distrikten Deutschlands Lohnherabsetzungen und Betriebsbeschränkungen vorgenommen sind, daß aber trotz alledem das alte Verhältnis auf zwei Jahre bestehen bleiben solle. Da unfre Kollegen außer der Lohnfrage auch andre, grade für diesen Bezirk nicht minder wichtige, mit der Landarbeit zusammenhängende Fragen erörtern wollen, so ist mündliche Verhandlung beantragt worden. Diese Mitteilung erfolgt durch das Sachorgan, weil es uns an jeder Möglichkeit, Versammlungen abzuhalten, in dieser Gegend fehlt.

In Schwane wurde 1908 die Forderung auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit damit erledigt, daß die Unternehmer versprochen, vom 1. April 1909 an die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. In diesem Jahre sind Forderungen eingereicht worden, die durch Einführung der längeren Arbeitszeit nötig wurden und außerdem Verbesserungen bezug. Festlegung der Bestimmungen über Landarbeit vorschauen. Darauf erfolgte nun eine Antwort, die dem Sinne nach dasselbe sagt, wie die Antwort

in Schwane, und doch in der Abfassung nichts an Oberflächlichkeit, ja, man kann sagen, an Unberücksichtigung zu wünschen übrig läßt. Das Schreiben lautet:

Schwane, 20. Februar 1909.

An die Lohnkommission der Maurer hier.

In völliger Verleugnung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande hat die Lohnkommission der Maurer wieder Forderungen aufgestellt, von deren Unerfüllbarkeit sie doch überzeugt sein mußte.

Wir sind nicht in der Lage, die für voriges Jahr geltenden Bedingungen abändern zu können und ersuchen die Maurer, für dieses Jahr von weiteren Forderungen abzusehen.

Sollte die Lohnkommission auf der im vorigen Jahr beschriebenen Verrückung der Arbeitszeit bestehen, so könnte dies nur mit einer entsprechenden Lohnherabsetzung geschehen.

Bei dem Sinken der Preise von fast allen Produkten und bei der mehrfachen Lohnreduktion auf diesen Gebieten ist es doch tatsächlich unmöglich, so einseitig eine Aufbesserung in dieser Höhe durchzuführen zu wollen.

H. Heide, Medebfd. Vorw.ing. Felsber.

Welcher Kreisblattverleger hat denn dabei gefehlt? Gefordert sind bei zehnstündiger Arbeitszeit 24 $\frac{1}{2}$. Bisher wurden bei elf Stunden 88 $\frac{1}{2}$ gezahlt. Auch hier ist mündliche Verhandlung beantragt. Die Arbeitgeber teilen uns dann wohl mit, für welche Produkte und in welchen Orten die Preise gesunken sind; auch wollen wir uns beschleunigen lassen, wie aus einem „Verprechen“ ein „Befehlen“ wird, oder mit anderen Worten, wie man es machen muß um ein Verprechen nicht zu halten.

In Stettin ist der Streit mit Stiebens erledigt. In einem Schreiben vom 25. Februar 1909 — einer Antwort auf unser Schreiben vom 24. Februar 1909 — teilt der Arbeitgeberverband mit, daß Herr Stiebens zur Nachzahlung der 10 $\frac{1}{2}$ Zuschlag für Putzarbeit bereit ist und daß sich die Gesellen den Betrag am nächsten Sonntag aus dem Bureau abholen sollen.

Bei der Wiederanstellung der von ihm Entlassenen hatte Herr Stiebens zwei Gesellen — nach seiner Meinung die tüchtigsten — nicht berücksichtigt, wohl aber auf einer andern Arbeitsstätte drei frische Kräfte eingestellt und des weiteren zwei der Wiebeckengesellen am 22. Februar entlassen. Der Arbeitgeberverband teilt hierzu mit: Die Putzarbeit ist seit dem 24. Februar 1909 beendet, und da Herr Stiebens nur nach Möglichkeit einstellen sollte, so hat er auch in dieser Beziehung seiner vertraglichen Pflicht genügt.

An der Verhandlung am 15. Februar ist jedoch nur wegen der Jahreszeit von einer Einstellung nach Möglichkeit gesprochen, da ja die Witterung schon am nächsten Tage jede Weiterarbeit verbieten konnte. Wenn aber gearbeitet werden konnte, so mußten alle eingestellt werden, um so mehr, als ein Verstoß gegen vertragliche Bestimmungen vorlag. Wie immer es auch sein möge: in Zukunft werden auch wir die Auslegungskunst mehr üben.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 21. bis 27. Februar für folgende Mitglieder erteilt:

- Herrn. Wihbdröder-Deynhausen (Frau), Verb.-Nr. 265 423; Ernst Wiegand-Gehwege, 121 762; Gottfr. Kurz-Stuttart (Frau), 390 015; Herr. Scholz-Greif, 196 023; Aug. Müller-Leichendorf (Frau), 108 960; Frz. Schröder-Golla, 154 686; Joh. Range-Löwenberg i. SchL, 84 158; S. Weh-St. Johann, 450 211; Andr. Wehl-Gemmitz, 249 302; Joh. Werner-Widach, 330 429; W. Sander-Leipzig (Frau), 39 914; Martin Mehmke-Landsht, 320 639; Joh. Hamer-Windchen (Frau), 88 729; B. Reichmaier-Windchen, 240 362; Joh. Neumann-Vahrenw (Frau), 127 687; W. Weh-Genhausen, 100 737; W. Balentin-Giehn, 118 180; Alb. Ulrich-Frankfurt a. d. O., 344 394; Karl Muje-Leipzig, 416 261; Herrn. Glabe-Jaywitz, 78 967; Otto Schütz-Hamburg, 28 566; Herr. Uermöhlen-Göttingen, 142 191; Louis Neubel-Gretz, 417 117; Wihb. Fischler-Kortzbr., 218 417; Joh. Esser-Bochum, 421 650; Bruno Galtz-Bochum, 266 773; Joh. Stewinck-Strasburg i. Westpr., 157 973; Karl Weh-Schönwalde, 3295; Chr. Stierle-Stuttgart, 428 119; Joh. Rourad-Kolmar i. P., 482 512; Aug. Thiele-Leipzig, 83 122; Otto Große-Großwig (Frau), 346 905; W. Fringel-Mathenow (Frau), 119 511; Herr. Krause-Magdeburg (Frau), 41 938; Chr. Schwarz-St. Johann (Frau), 174 733; Herr. Wehrheim-Frankfurt a. M. (Frau), 22 289; David Hed-Magdeburg (Frau), 42 140; Aug. Quante-Hannover (Frau), 31 448; Gust. Schmidt-Berlin (Frau), 166; Frdr. Rau-Stuttgart (Frau), 47 866.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Refensindorf 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 15. bis 28. Februar 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Antonienhilfe M. 10, Nicolaus 4.60, Frieda 9.04, Gelsenkirchen 20, Kaiserlautern 256.58, Linden 8.04, Moskau 2.80, Minden 48.50, Citroen 12, Wolsch 4.16, Stadtloberdorf 130, Zwenkau 9.04.
- b) Für Kalender. Bochum M. 125, Kaiserlautern 25, Rimba 25, Minden 7.50.
- c) Für Protokolle. Kaiserlautern 11, Rimba 6, Stadtloberdorf 8.

4) Für „Grundstein“-Einbanddecken. Reichenhall A. 3.

5) Für Anzeigen im „Grundstein“. Lyden 30 A.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Brandenburg: Wilhelm Engert (Verbands-Nr. 55 417); Berlin (Burger): Hermann Wehmer (599); Fürstentwälder: Hermann Eisele (70 422); Gelle: Heinrich Koldorn (58 866).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Brandenburg: Hellmut Krüger, geboren am 18. Februar 1884 zu Nossentinerhütte (Verbands-Nr. 362 444).

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen. Der Vorstand.

Bekanntmachung der Gauvorstände.

Jahresabrechnungen.

Gau Bremen.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Einnahme (Income) and Ausgabe (Expenditure) for Gau Bremen.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Lists various expenses for Gau Bremen.

Abschluss.

Summary table for Gau Bremen showing total income and expenditure.

Davon per Sparrasse belegt M. 3823,20.

E. Hildebrand, Vorsitzender. Gust. Fuhrmann, Kassierer.

Die Revisoren:

E. Fröhling, P. Graumann, G. Behn.

Gau Cöln.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Einnahme (Income) and Ausgabe (Expenditure) for Gau Cöln.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Lists various expenses for Gau Cöln.

Abschluss.

Summary table for Gau Cöln showing total income and expenditure.

Cöln, den 11. Januar 1909.

Ernst Muth, Vorsitzender. Heinrich Sturm, Revisor.

Gau Erfurt.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Einnahme (Income) and Ausgabe (Expenditure) for Gau Erfurt.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Lists various expenses for Gau Erfurt.

Abschluss.

Summary table for Gau Magdeburg showing total income and expenditure.

Johann Schen, Vorsitzender. Paul Schramm, Kassierer.

Gau Magdeburg.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Einnahme (Income) and Ausgabe (Expenditure) for Gau Magdeburg.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Lists various expenses for Gau Magdeburg.

Abschluss.

Summary table for Gau Magdeburg showing total income and expenditure.

Per Bank belegt M. 6710,44.

Magdeburg, den 24. Januar 1909.

Zul. Koch, Vorsitzender. Fr. Fahn, Kassierer.

Die Revisoren: Otto Richter, Richard Brothoff.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Vorläufiges Ergebnis

der Arbeitslosenzählung im Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zähltag: Sonnabend, den 30. Januar 1909.

Large table showing the results of the unemployment survey for masons in Germany, broken down by region and district.

An der Zählung haben sich bedauerlicherweise 120 Zweigvereine überhaupt nicht beteiligt. Diese Nachlässigkeit verdient eine scharfe Rüge. Ebenfalls ist es gut zu heißen, daß in manchen Landesteilen eine erhebliche Anzahl der Mitglieder nicht befragt worden ist, bezw. keine Auskunft erteilt hat.

Von den Befragten fanden am Zähltag 87,33 pZt. in Arbeit, während 62,67 pZt. feierten. Davon waren im wahren Sinne des Wortes — wegen Arbeitsmangels — arbeitslos 81,81 pZt., wegen Witterungsverhältnissen feierten 29,44 pZt. und erwerbsunfähig wegen Krankheit waren 4,42 pZt.

Zur Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten haben die Gauvorstände kurze Witterungsberichte dem eig. des Gauces einseandt. Danach hatten am Zähltag: Berlin 2 Grad Kälte (Gefühl) mit Schneefall; Frost seit dem 24. Januar. Bremen Witterungsbericht mit 1 Grad Wärme; Frost seit dem 21. Januar. Dresden 1 Grad Kälte, Schneefall; seit 14 Tagen Frost. Cöln Witterungsbericht, 2 Grad Wärme, Schnee und Regen; seit acht Tagen 4 bis 6 Grad Kälte. Danzig 11 Grad Kälte, ungefähre daselbe Wetter; seit acht Tagen. Dortmund 3 Grad Kälte, Schneefall; Frost seit

14 Tagen. Dresden 9 Grad Kälte, Schnee seit einigen Tagen, Frost seit acht Tagen. Erfurt 2 Grad Kälte, am Tage zuvor 12; Frost seit Ende Dezember. Frankfurt a. M. 3 Grad Kälte; im ganzen Gau gewaltiges Schneewetter; aneinander Frost seit dem 15. Januar. Götting 6 Grad Kälte, seit dem 16. Januar aneinander Frost. Hamburg 4 Grad Kälte, Schneefall; mit kurzem Unterbrechungen aneinander Frost bis zu 11 Grad. Hannover Schneewetter; seit dem 18. Januar Frost. Leipzig 5 Grad Kälte, schwacher Schneefall; seit dem 8. Januar Maurerarbeit im Freien wegen Frostes unmöglich. Paderborn 0 Grad bis Taumetter mit leichtem Schneefall. Magdeburg 2 Grad Kälte, beginnender Schneefall; Frost seit dem 21. Januar. Mannheim harter Schneefall, 1 Grad Kälte; Arbeit im Freien seit dem 18. Januar durch Frost unterbrochen. München 9 Grad Kälte, Schneegestöber; harter Frost seit dem 27. Dezember. Nürnberg 4 Grad Kälte; seit dem 18. Januar bis zu 8 Grad; Arbeit fast allwärts unterbrochen. Oberschlesien 8 Grad Kälte, mit wenig Schwankungen seit dem 19. Januar. Stettin 6 Grad Kälte, leichter Schneefall; Frostperiode vom 26. Dezember bis 2. Januar, milder 19. Grad, dann erneut vom 20. Januar. Straßburg i. Elz. 2 Grad Kälte, vorher, seit dem 20. Januar, bis zu 6 Grad. Stuttgart 4 Grad Kälte, harter Schneefall; Frostwetter seit dem 20. Januar.

Hieraus dürfte zu entnehmen sein, daß in vielen Landstrichen während des ganzen Monats Januar, überall aber in der letzten Hälfte, das Wetter dem Maurergewerbe äußerst ungünstig gewesen ist, so daß das Ergebnis des Zähltages ein zutreffendes Bild von der Arbeitslosigkeit während des ganzen Monats zeigen dürfte.

Sozialdemokratische „Geschichtsschreibung“.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Baugewerkschaft“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker, in Nr. 7 vom 14. Februar einen längeren Artikel, der von der jesuitischen Verdrehungskunst unserer feindlichen Brüder in Christo wieder einmal glänzenden Zeugnis ablegt. Veranlassung zu dem Geschreibsel gab dem christlichen Berneroge eine Notiz in unserm Kalender für das Jahr 1909. Auf Seite 139 heißt es: „18. Juli 1900. Essen. Mitglieder des christlichen Verbandes treten massenhaft als Streikbrecher in die Schranken, wodurch der Streik verloren geht.“ Die natle Wiedergabe dieser wahren Tatsachen hat es dem Geschichtsschreiber der „Baugewerkschaft“ angetan. Wir glauben ja ganz gern, daß es den Drahtziehern in der Müllersdorferstraße in Berlin äußerst unangenehm ist, immer wieder an diese Schandtat erinnert zu werden, aber von dem im Jahre 1900 in Essen verübten Verbrechen an den Interessen der Maurer gibt es für sie keine Absolution. Wahrheit bleibt Wahrheit, auch wenn die „Baugewerkschaft“ die Druckerzweige gennetweise benutzt, um das Verhalten des christlichen Verbandes in Essen im Jahre 1900 in das Gegenteil umzuwenden. Der organisierte Streikbruch stand an der Wiege des christlichen Verbandes in Essen als Kate, wie auch in Königsherg; nur durch Betrat der Maurerinteressen konnte der christliche Verband Wurzel fassen. Um einen wie im andern Falle mag es für die „Baugewerkschaft“ peinlich sein, dgran erinnert zu werden, aber im Interesse der historischen Wahrheit können wir von diesen Tatsachen nichts abhandeln lassen.

Zur Sache selbst noch kurz einige der Wahrheit entsprechende Tatsachen: Im Jahre 1899 hatten die Essener Maurer den Unternehmern ihre Forderungen unterbreitet, die im wesentlichen auf elfstündige Arbeitszeit (damals betrug die Arbeitszeit noch 12 bis 14 Stunden) und 45 s Stundenlohn lauteten. Von ihrer Durchführung wurde aber abgesehen, da trotz der guten Konjunktur nur ein Bruchteil der Maurer dem Verband angehörte. Kollege Bömelburg, der im August des Jahres in Essen in einer überfüllten Versammlung sprach, machte nach seinem begeistert aufgenommenen Vorschlag, die Bewegung bis zum Jahre 1900 zu vertagen, an Stelle der jehigen unzureichenden Forderungen 50 s Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit zu verlangen, und die gewonnene Zeit zum Ausbau und zur Festigung der Organisation zu verwenden. Diefem Vorschlage stimmte die Versammlung zu. Während die Essener Maurer eifrig bemüht waren, alle Kollegen in die Organisation zu bringen, war zu Beginn des Jahres 1900 unter der Leitung eines Kaplans und unter Mitwirkung mehrerer Streikbrecher aus dem Jahre 1898 in aller Stille eine Verwaltungsstelle des christlichen Maurerverbandes gegründet worden. An die Öffentlichkeit traute sie sich jedoch nicht, sondern führte in aller Stille durch den sogenannten Gesellenausfuß, der als eine Vertretung der Essener Maurer nicht anzusprechen war, Unterhandlungen mit den Unternehmern.

Der Altgeselle des Ausschusses, Polier Zermas, hatte, wie uns später mitgeteilt wurde, den Führern des christlichen Verbandes erklärt, ihnen zu einem billigen Triumph über den Zentralverband verhelfen zu können. Die Unternehmer sollten danach bereit sein, den Lohn auf 44 und 45 s pro Stunde zu erhöhen; und wenn der christliche Verband auf diesen Vorschlag einginge, würden die Unter-

nehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Folgezeit nur mit ihm regeln. Für diesen Preis wurden die Interessen der Essener Maurer von den Leitern des Zentrumsverbandes verkauft. Als die Leitung der Essener Maurer von diesem Plan erfuhr, verzögerte sie zu nächst Fühlung mit den Christen zu bekommen, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen. Aber alle Annäherungsversuche wurden unter Berufung auf den streng christlichen Standpunkt des Zentrumsverbandes schroff abgelehnt. Das war im April des Jahres. In dieser Zeit fand auch die von der „Baugewerkschaft“ angeführte Versammlung mit dem Reichstagsabgeordneten für Köln, Genossen Hofrichter, statt, der das Wesen der christlichen Arbeiterbewegung schilderte. In dieser Versammlung sind Beschlüsse bezüglich der Lohnbewegung nicht gefasst worden. Die gegenteilige Behauptung der „Baugewerkschaft“ ist un wahr. Aber die Darstellung des Verlaufes der Bewegung in diesem Sinne war nötig, um so die eigene Geschichtsfälschung zu verdecken. Die „Baugewerkschaft“ schreibt:

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung unseres Verbandes wurde mit 133 gegen 3 Stimmen beschlossen, vorläufig die Lohnbewegung zu vertagen. Dieser Beschluß wurde in Gegenwart mehrerer Führer des sozialdemokratischen Maurerverbandes gefasst. Trotzdem dieser Beschluß nun vorlag, hielt der sozialdemokratische Maurerverband in der darauf folgenden Woche eine Versammlung ab, wozu er den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hofrichter aus Köln als Redner herangezogen. In dieser Versammlung wurden die Erschienenen durch die schwüligen Reden vollständig hypnotisiert, und in einer solch fanatischen, leidenschaftlichen Weise den christlichen Gewerkschaften gezeigt, daß die Anwesenenden zum praktischen Nachdenken unfähig waren.

In dieser zur Siebtheit gebrachten Stimmung, heißt es dann weiter, wurde über den Streik abgestimmt. So viel Worte, soviel Unwahrheiten. Wir müssen offen geschehen, die „Baugewerkschaft“ hat mit dieser Leistung ein Meisterstück der Verdrehtkunst vollbracht.

Wenn nun weiter zur Vertuschung des christlichen Streikbruchs in Essen angeführt wird, die Konjunktur sei schlecht gewesen, durch den Zusammenbruch der Reppenburger Bank sei eine Anzahl Baugeschäfte zahlungsunfähig geworden, so bedarf auch diese Behauptung der Korrektur. Der Konkurs des Reppenburger Bankhauses erfolgte kurz vor Aufhebung des Streiks, und diese Katastrophe ist mit keinem Grund gegeben für dessen Vertagung. Hätte aber der Zentrumsverband von Anfang an gemeinschaftliche Sache mit dem Zentralverband gemacht, dann wäre die gestündliche Arbeitszeit und der Stundenlohn von 50 s nach kurzem Kampfe den Maurern sicher gewesen. Die Streiks auf dem Geldmarkte, die sich in dem Konkurs des obengenannten Bankhauses äußerte, hätte das Erreichte nicht außer Kraft setzen können. So aber haben die Essener Maurer dank dem Vorgehen der „Christen“ noch bis zum Jahre 1903 auf eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verzichten müssen.

Was nun die Behauptung, die Konjunktur sei schlecht gewesen, auf sich hat, mögen folgende Zahlen zeigen. Die Zahl der beschäftigten Maurer betrug 1899: 1340, im Juni 1900: 1385, und am 17. Juli, am Tage vor dem Streik: 1110. Der Rückgang der Zahl der beschäftigten Maurer in dem Zeitraum von vier Wochen ist aber nicht auf das Abflauen der Bautätigkeit zurückzuführen, sondern hatte seine Ursache in der Abreise von den Kollegen, die sich aus Anlaß des bevorstehenden Streiks nach anderweitiger Arbeit umgesehen hatten. Selbst nach Beendigung des Streiks betrug die Zahl der in Essen tätigen Maurer noch über 1000. Also auch mit dieser Behauptung der „Baugewerkschaft“ zur Ehrenrettung des Zentrumsverbandes ist es nichts.

Weibt noch die Tätigkeit der Christen während des Streiks selbst. Von vielen Fällen wollen wir nur einen zur Charakteristik des Zentrumsverbandes anführen. In Dortmund waren unsere Kollegen in Gemeinschaft mit den Zentrumsgelehrten in den Streik eingetreten. Schon vor der Arbeitsniederlegung in Dortmund hatte die Leitung der Essener organisierten Streikbrecher den Vorsitzenden der christlichen Maurer in Dortmund ersucht, die Dortmunder streikenden Zentrumsleute nach Essen zur Arbeit zu senden, da für die Essener Christen kein Streik bestände. Die Dortmunder wiesen in öffentlicher Versammlung dies Ansuchen zurück, wobei hat aber ein Teil dieser Ausfühler als Streikbrecher in Essen gearbeitet. Alle diese Tatsachen beweisen, daß der Maurerkalender im Recht ist, wenn er schreibt: Mitglieder des christlichen Verbandes traten moffenhast als Streikbrecher auf. Ohne zu übertrieben, können wir ruhig behaupten, daß durch das Verhalten des Zentrumsverbandes in Essen der im selben Jahre geführte Streik unserer Duisburger, wie auch der Streik der Dortmunder Kollegen verloren ging. Diese „Gefälligkeit“ werden die Maurer des Inndistriktes nie vergessen und immer wieder wird der Zentralverband der Maurer Deutsch-

lands den „Christen“ ihr Verhalten vom Jahre 1900 in Essen vorhalten. Darum nur nicht so von oben herab der christlichen Streikführer in Worte gestellt! Der ist so fest, daß ihn die größte christliche Lügenflut nicht abwaschen kann.

Alt-Rahlstedt. Am 16. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung bei Schief in Obenfelde. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörten die Kollegen das Andenken des verstorbenen Kollegen Stening durch Erheben von den Plätzen. Die dann verlesene Abrechnung vom vierten Quartal wurde als richtig anerkannt. Dann hatte sich die Versammlung mit einer recht unangenehmen persönlichen Angelegenheit zu beschäftigen. Das bisherige Mitglied Blintmann ist bei der Firma Welger in Wandbeck Rolier und behandelt als solcher die Gesellen ganz kundsnitterabel. Bl. war zu dieser Versammlung eingeladen, um sich deswegen zu verantworten. Er kam jedoch erst, als sich die Versammlung schon mit seinen Geldentzügen beschäftigte. Als ihm sein schmutziges Verhalten vorgehalten wurde, meinte er: Paßt Euch das nicht, so schmeißt mich doch aus dem Verband heraus. Das geschah denn auch. Bevor jedoch über den Ausschlußantrag abgestimmt werden konnte, erklärte Bl. seinen Austritt und lief fort. Um die Lumpenhastigkeit Blintmanns richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß er erst vor kurzer Zeit bei der Krankheit seiner Frau von uns mit 1 50 unterstellt worden ist, und dabei hat er noch nicht einmal seine Beiträge bezahlt, sondern schuldig noch neun Wochenbeiträge. Bl. mag sich darauf verlassen, die Alt-Rahlstedter Maurer werden dies alles nicht vergessen, und ewig wird er bei seinem jetzigen Unternehmer auch nicht bleiben. Wir kommen wieder!

Brandenburg. In der Versammlung am 21. Februar waren von 320 Mitgliedern nur 60 erschienen. Von auswärts war nur ein Kollege gekommen; da fast jeder Kollege ein Fahrkart befrist, so hätte doch jeder sehr leicht kommen können. Die Versammlung erob sich zur Ehre des verstorbenen Kollegen Stening von den Plätzen. Dann hielt Kollege Hante-Berlin einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Entwicklung der Arbeiterbewegung, wobei er sich über die Verarmelung der baugewerblichen Arbeiterverbände ausdrückte. In der Diskussion forderten mehrere Kollegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die vom Vorstand empfohlene Einführung einer Einheitsmarke (Verbandsbeitrag und Sozialbeitrag zusammen) wurde abgelehnt. Für sechs Kollegen bewilligte man die Kostfalloberführung in der üblichen Höhe von je 1 15.

Gughaven. (Jahresbericht.) Im verfloffenen Jahre wurde hier reger gebaut, so daß noch recht viele fremde Kollegen Arbeit fanden. Wir haben aber auch mit allerlei Schwierigkeiten zu rechnen gehabt, denn wir mußten recht oft die Schlichtungskommission zumankufen, um die Innehaltung des Tarifs zu sichern. Es ist nicht zu verstehen, daß das Unternehmertum sich auch hier immer unzugänglich zeigt. Es kam in manchen Fällen vor, daß die Stunden nicht so innegehalten wurden, wie sie der Tarif festlegt, oder daß die Kollegen Grund hatten, sich über den Arbeitsnachweis zu beschweren. Oft wurden Kollegen von dem Unternehmer angestellt; wenn sie aber zum Arbeitsnachweis kamen und dem Geschäftsführer mitteilten, daß sie von dem betreffenden Unternehmer angestellt seien, soll er gesagt haben, darüber hätte er zu sagen, wo sie arbeiten sollen. Die Schlichtungskommission wurde denn auch in dieser Angelegenheit einberufen; der Geschäftsführer bestritt aber, solche oder ähnliche Äußerungen getan zu haben. Der Arbeitsnachweis zeigt sich als unser größter Feind; er beraubt uns der gewohnten Freiheit, so daß die Kollegen nicht mehr den Mut haben, so für unsere Sache einzutreten, wie es sich gehört. Mitgliederversammlungen hielten wir im verfloffenen Jahre 13 ab, öffentliche 2. In einer davon sprach Kollege Kössler aus Breslau; dieser Versammlung wegen wurde der Vorsitzende, Kollege Delert, mit einem Strafmandat beehrt, wurde aber später kostenlos freigesprochen. In der zweiten Versammlung sprach Kollege Kahl aus Dortmund über die Streifen und ihre Ursachen. Im November vorigen Jahres stellten die Kollegen von Norzhof am Kinkerferneheim wegen Lohnfreierigkeiten die Arbeit ein. Wir verhängten die Sperre über den betreffenden Unternehmer, der heißt Bolmer und ist aus Bremen. Die Christlichen, die in Bremen angestellt waren, bekamen den Bremer Lohn, 65 s, während die Kollegen, die auf der Baustelle angestellt wurden, den Gughavener Lohn, 55 s bekamen. Hierdurch entstanden Streitigkeiten; wir konnten aber in dieser Sache weiter nichts tun, weil Bolmer den Lohn von 55 s, wie er uns ankam, bezahlte. Als nun aber unser Lohn am 1. Januar 1908 60 s betrug, wollte Bolmer die 60 s auch nicht bezahlen, sondern sagte ganz einfach, Norzhof gehöre zu Bremerhaven; worin aber, als der Lohn bei uns noch 55 s betrug, gehörte Norzhof nach Bolmers Meinung zu Gughaven. In Bremerhaven betrug der Lohn damals 55 resp. 50 s, also kam er wieder 4 bis 5 s pro Stunde billiger davon. Am 28. März 1908 mußten wir die Sperre leider ohne Erfolg aufheben, weil es Bolmer gelungen war, Italiener zu bekommen. Die Sperre hat uns eine Ausgabe von 220,20 verursacht. Bei der Hausagitation im März haben wir keinen Erfolg gehabt, denn die Maurer haben es hier einerseits nicht so gut, andererseits sind die uns Fernstehenden solche, die beim letzten Streik und bei der Ausübung der Streikbrecherdienste taten. Danach wurden sie von uns als das behandelte, was sie waren, und das können sie wohl noch nicht vergessen. Ende März wurden sämtliche Gewerkschaften von dem Wirt Debant auf die Straße gesetzt, weil die Holzarbeiter sich schwerer, wieder ein Lokal zu bekommen; für die Gewerkschaften wäre es schon leichter gewesen, aber wir mußten den Parteiverein auch mit unterbringen, und das hielt sich schwerer. Es ist der Lokalkommission aber doch gelungen, das Lokal der Frau Wwe. Wehnte für uns zu gewinnen mit der Bedingung, daß sämtliche Gewerkschaften, die bei Debant gewesen sind, in dies Lokal kämen. Wir haben einen Kontrakt auf drei Jahre abgeschlossen. Im April beschloffen wir, eine Fahne anzuschaffen, wozu die verheirateten Kollegen 1 und die ledigen 2 zu zahlen hatten. Bei der Delegiertenwahl zum Verbandstage hatten wir uns mit

den Keinen Orten, die zu unserer Bauabteilung gehörten, in Verbindung gesetzt, daß sie ihre Stimme unserem Kandidaten gäben, bei den nächstfolgenden Verbandstage sollte die Beschäftigung nach alphabetischer Reihenfolge vorgenommen werden, so daß alle kleinen Orte einmal an dem Verbandstage teilnehmen könnten, denn bei der jetzigen Einteilung kommen die kleinen Orte nicht in Betracht. Das Resultat war, daß unser Kandidat, Kollege Delert, mit drei Stimmen dem Kollegen Weniger aus Gughaven gegenüber unterlag. Im Sommer wurde eine Bautenkontrolle vorgenommen, es wurden gezählt bei 20 Internen 20 Kolliere, 205 Gesellen, davon 2 Ausländer, und 27 Lehrlinge. Von den Gesellen waren organisiert 133, nichtorganisiert 70, von den Kollieren organisiert 4, nichtorganisiert 16. Die Kontrolle erstreckte sich auf 42 Neubauten und 11 Umbauten. Im September wurde das Baudelegiertensystem besser ausgebildet. Im Oktober nahmen wir nochmals eine Hausagitation vor, die diesmal etwas mehr Erfolg hatte, denn es ließen sich drei Kollegen wieder aufnehmen. Durch zwei Kollegen von Gughaven wurden die Zustände bei der Firma Dören aus Gughaven, die auf Gughaven am Kaiserbauwerk Maschinenbau von 55 s bis 75 s bezahlte, dem Gughavener Lohn betragt sonst 60 s, bei freier Kost. Von Hamburg ist dann später die Sperre über die Firma verhängt worden, sie hat aber leider ihren Zweck verfehlt und mußte aufgehoben werden. Am Schluß des Jahres wurden die Mitgliedsbilder eingezogen; die Mitgliederzahl betrug 98, davon haben 34 keine einzige Versammlung besucht. Daraus ist zu ersehen, daß wir noch eine große Auffklärungsarbeit zu verrichten haben.

Danzig. Am 18. Februar tagte unsere Generalversammlung in der Kollege Grünhagen den Jahresbericht erstattete. Unter anderem sind die Zahlstellen zur Sparjamkeit aufgefordert worden, worüber sich die Zahlstelle Grünhagen besonders beliebt gefühlt hat. Hierzu wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen: „Die Generalversammlung des Zweigvereins Danzig nimmt Kenntnis von der Mitteilung, daß die Zahlstellen des Zweigvereins ein Defizit von 1 988,17 in den Jahren 1906, 1907 und 1908 gehabt haben, das von den Einnahmen der Danziger Kollegen gedeckt worden ist. Sie erachtet es deshalb als ein einfaches Gebot der Vernunft, daß die Zahlstellen ihre Ausgaben so einzurichten, daß sie mit den Einnahmen im Einklang stehen. Die Versammlung stellt auf dem Standpunkt, daß nicht jede kleine Mißverwaltung und jeder Vertrauensmißbrauch bezahlt werden müsse, sondern daß diese nur dann bezahlt werden, wenn über das gewöhnliche Maß hinausgehende Unkosten damit verbunden sind, daß unter allen Umständen aber die Defizitrechnungen der Zahlstellen mit der Zweigvereinskasse aufhören müssen.“ Dann gab der Kassierer, Kollege Dreffien, den Jahresbericht für das vierte Quartal. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 1169. Die Einnahme der Lokale hatte betrug 3321,88, die Ausgabe 2542,72, verbleibt ein Kassendefizit von 1279,11. Davon sind 1 850 auf den Bankbestand von 1279,11. Davon sind 1 850 auf den Bank belegt. Die Jahreserinnahme der Lokale betrug 11 124,92, die Ausgabe 9845,81. Zur Berechnung fragte Kollege Treder, für wen die 600 Aufregungsunterstützung gezahlt worden sind, worauf die Kollegen vorlesen wurden. Ferner sei die Versicherung von 1 84 zu hoch; auch die wurde vom Vorstehen ausgestellt. Kollege Adam wünschte die Schuldzinsen etwas gelindert zu halten, und sie nicht als Bestand zu rechnen, er befragte die Mithelligkeit der Kassenerführung und beantragte im Namen der Revisionen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Die Revisionen sollen für jede Quartalsabrechnung mit 1 s entschädigt werden. Kollege Grünhagen ersuchte, vor der Neuwahl des Vorstandes etwaige Anträge oder Beschwerden zu erledigen. Hierzu kritisierte Kollege Gerbel das Verhalten des Kollegen Kalkmann, betreffs der Sonntagarbeit bei der Berliner-Firma Lauer mann & Co. Kollege Kalkmann bemerkt dazu, daß er zunächst den Vorstand darüber erfragt habe. Ein Antrag des Kollegen Treym, die Entschädigung für den zweiten Vorsitzenden und den zweiten Kassierer fortfallen zu lassen, da durch den zweiten Vorsitzenden die Arbeiten für diese beiden Vorstandsmitglieder verschwänden, wurde angenommen. Dafür sollen die Sitzungsgelder auf 60 s erhöht werden. Bei der Wahl wurde Kollege Grünhagen als erster Vorsitzender und der Kollege Dreffien als erster Kassierer wiedergewählt. In die Kommission für die jetzige Lohnbewegung wurden sämtliche fünf Vorstandsmitglieder gewählt. Ein Gesuch des Kollegen Krawinkel um ein Darlehen und ebenso um eine Unterstützung, wurden abgelehnt. Dem Kollegen Gotthelf-Neufeld wurden auf Antrag 20 als Unterstützung bewilligt. Dann beantragte Kollege Treder, noch eine zweite Generalversammlung einzuberufen, um über die Gehälter der Beamten zu reden. Darauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Glich. In dem Bericht in der vorigen Nummer wird von dem Revisor J. Bernede gesagt, daß er allein die Abrechnung nicht habe verstehen können. Dazu schreibt jetzt der Vorsitzende, Kollege Kalkmann, daß ein Abrechnungsformular vom vierten Quartal tatsächlich eine Unrichtigkeit enthalten hätte, die von den Revisoren Kaufmann und Bernede geändert worden sei. Im übrigen hätte Kollege Bernede sein Revisionsamt stets pflichtgemäß versehen. Dasselbe bestätigt auch der Revisor Kaufmann.

Brehan. Unsere Mitgliederversammlung am 14. Februar war ziemlich gut besucht. Zuerst besprach der Vorsitzende den Vorkonkurs des Fritz Hübler und Hugo Weisner. Hübler war bisher erster Kassierer. Als dann verlas der zweite Kassierer die Jahresabrechnung. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 304, darunter befinden sich fünf Ehrenmitglieder. Eingetreten waren im Laufe des Jahres 53, davon waren 13 schon einmal Mitglied. Abgetreten sind 40, gestorben 8, zum Militär eingezogen 7 und wegen rückständiger Beiträge gestrichen 53 Mitglieder. Die Jahreserinnahme der Lokale betrug 1 2783,59, die Ausgabe 1 270,66, es blieb ein Kassendefizit von 1 152,93. Bei der Neuwahl des Vorstandes, die unter Leitung des Kollegen Kössler aus Breslau vor sich ging, wurde als erster Vorsitzender Karl Kurzbach, als erster Kassierer Karl Hubrich gewählt. Dann wurden die Entschädigungen festgesetzt. Unter „Verschiedenes“ berichtete Kollege Moh, daß

er bei der Bücherrevision mehrere Bücher gefunden habe, worin die Extrablätter für das Jahr 1907 fehlten. In anderen Büchern fehlten mehrere Sterbemariken; einige Kollegen, die in Breslau gearbeitet haben, haben statt 60 3 nur 10 3 Beitrag gezahlt, sogar ein Gruppenführer hat dies 15 Wochen lang getan. Auf Verlangen der Versammlung wurden die betreffenden Kollegen namhaft gemacht. Zu dieser schmerzlichen Angelegenheit nahm auch der Gewerkschaftsrat das Wort. Es wurde den Kollegen aufgegeben, ihre Verbindlichkeiten in einer Woche zu regeln, die Bücher bleiben jedoch so lange in den Händen des Revisors. In der Versammlung waren drei Vorkontrollbrecher anwesend, die in den Verband aufgenommen werden wollten. Dies wurde von der Versammlung mit der Bedingung gestattet, daß Karl Lubrich aus Strebitzko A. 6, Heinrich Kurz und Wilhelm Nothmann A. 10 Buße zahlen. Nach Zahlung der Buße erfolgte die Aufnahme. Hierauf wurde die Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Verband geschlossen.

Gesellschaften. (Jahresbericht.) Das Jahr 1908 war auch für unseren Zweigverein recht ungünstig. Nachdem sich das Abflauen der Konjunktur im Baugewerbe schon Ausgang 1907 recht deutlich bemerkbar gemacht, verschlechterte sich die Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe im Frühjahr 1908 in geradezu beängstigender Weise. Dieser Zustand dauerte, abgesehen von einigen kleineren Orten, bis in den Nachsommer hinein. Ganz besonders schlecht war die Bauwirtschaft im größten Orte unseres Zweigvereins, in Gelsenkirchen, und zwar hier das ganze Jahr hindurch, so daß ein großer Teil der hiesigen, unserem Verbande angehörigen Kollegen gezwungen war, sich ihr Brot das ganze Jahr hindurch auf den Bechen und sonstigen Werken zu suchen. Wie sehr die Bauwirtschaft, besonders die öffentliche, die Wohnungsbauten usw., zurückgegangen ist, beweisen folgende Zahlen. Bei einer statistischen Aufnahme Ende Mai 1906 wurden in Gelsenkirchen ermittelt 125 Bauten und 758 Gesellen, dagegen im Juli 1908 nur 41 Bauten und 253 Gesellen. Nicht viel besser sah es im ganzen Zweigvereinsgebiet aus; dies ergab folgendes Bild: im Jahre 1906 309 Bauten und 2037 Gesellen, dagegen 1908 175 Bauten und 1158 Gesellen. Daß uns durch eine solche Situation die Agitation ganz erheblich erschwert und die sonstige Wahrnehmung unserer Interessen sehr stark beeinträchtigt wurden, ist erklärlich, besonders wenn man weiß, daß es hier eine ganze Anzahl Organisierte gibt, die systematisch zum Bauernutzen und Schicksalwechsel vor den Unternehmern, und deren Anstreben ertragen werden. Viele Unternehmer besäßen es denn auch ausgezeichnet, in solchen Zeiten ihre Herde von räudigen Schafen frei zu halten. Durch die schlechte Konjunktur war die Jahresdurchschnitts-Mitgliederzahl in Gelsenkirchen von 259 im Jahre 1907 auf 170 im Jahre 1908 zurückgegangen. Die Bauwirtschaft besserte sich im Nachsommer in einigen Orten wie Wanne, Wuer und besonders in Gladbeck so, daß hier geradezu Hochkonjunktur eintrat und viele zureichende Kollegen Arbeit fanden. Dies kommt auch in der Entwicklung, namentlich der Zahlstelle Gladbeck, deutlich zum Ausdruck. Sie hatte am Schlusse des ersten Quartals 05, des zweiten 123, des dritten 191, Anfang November 228 und am Schlusse des vierten Quartals 135 Mitglieder. Ähnlich war die Entwicklung in Wuer, so daß die Mitgliederzahl im ganzen Zweigverein in der ersten Novemberwoche die Höchstzahl mit 899 erreicht hatte. Diese verhältnismäßig günstige Entwicklung bewirkte, daß wir einen nennenswerten Rückgang in der Mitgliederzahl des Zweigvereins im Krisenjahre nicht zu beklagen haben. Es betrug die Durchschnittsmitgliederzahl 1907: 725, 1908: 660, also ein Verlust von 65 Mitgliedern. Daß sich die Organisation im Zweigverein nach innen mehr und mehr festigt hat, beweist unter anderem auch die Beitragszahlung. Der Markenumsatz ist bei annähernd gleicher Mitgliederzahl, vom verflorenen Jahre abgesehen, fortgesetzt geblieben; es wurden Beiträge gezahlt 1905: 22 614, 1906: 25 777, 1907: 29 153 und 1908: 27 083. Die Durchschnittszahlung pro Mitglied und Jahr stellt sich 1905: 37,5, 1906: 38,53, 1907: 40,21 und 1908: 41. Weniger Glück hatten wir in der Werbung neuer Mitglieder; die Neuaufnahmen sind, statt zu steigen, leider von Jahr zu Jahr zurückgegangen; es wurden neu aufgenommen 1905: 520, 1906: 459, 1907: 412 und 1908 nur noch 313 Kollegen. An diesem Rückgang trägt u. a. sicher die Krise mit all ihren Folgen nicht wenig bei, vielleicht auch der Ausgang unserer Tarifbewegung; trotzdem hätte aber wohl noch mander indifferente Kollege mehr gewonnen werden können, wenn allseits von unseren Mitgliedern mit dem notwendigen Geduld gearbeitet worden wäre; hoffen wir, daß das hier Versäumte bei besseren Zeiten doppelt wieder nachgeholt wird. Da die Umwidlung unserer Tarifbewegung bei jedem Mitgliede als bekannt vorausgesetzt werden darf, soll hier auf Einzelheiten nicht eingegangen werden; erinnern wollen wir nur nochmals daran, daß es den Scharfmachern im Baugewerbe trotz den wirklich sehr harten Bundesgesetzen, die sie diesmal auf ihrer Seite hatten, nicht gelungen ist, ihre Scharfmacherpläne zu verwirklichen, und daß heute die Angestrebten mit dem Tarifabschluß ganz gewiß nicht nur auf unserer Seite zu finden sind. Vielleicht trägt dies dazu bei, daß die bei uns noch vorhandenen Zweifler den wahren Wert unserer Organisation allmählich besser schätzen lernen. Hervorgehoben soll noch werden, daß es auch in unserem Zweigverein bei einer ganzen Anzahl Unternehmer eines jenseitsen Druces bedurfte, um die im Verträge festgelegten Bestimmungen zur Anerkennung zu bringen, wobei es auf einigen Baustellen ohne Arbeitseinstellung nicht abging, wodurch aber doch das gewünschte Resultat erzielt wurde. Schwieriger gestaltete sich die Bewegung der Pfleisenleger. Diese waren durch das robuste Verhalten der Unternehmer im Blattengewerbe gezwungen, circa elf Wochen lang einen recht harten Kampf zu führen; hiernach gelang es dann auch, für die Pfleisenleger einen annehmbaren Tarif abzuschließen. Dieser Ausgang scheint die Unternehmer im Blattengewerbe in eine Butte verlegt zu haben, die sich über alle menschlichen Gefühle und Rücksichten einfach hinwegsetzt, worunter unsere organisierten Pfleisenleger seit dem Streit nicht wenig zu leiden haben; es scheint fast, als hätten sich diese Unternehmer samt und sonders verschworen, alle Pfleisenleger, die noch ein Rückgrat besitzen

und dies besonders damals im Streit bewiesen haben, einfach durch Nichtbeschäftigung tot hungern zu lassen. Diese Taktik angewandt, wäre den allerchristlichen Unternehmern allerdings unendlich schwerer möglich, wenn es unter diesen Arbeitern nicht auch Elemente gäbe, die nur zum Auseinanderorganisieren, Raubzucken und Augenverbrechen geboren zu sein scheinen. Aber gemacht, Augenverbrechen wird dafür gejogt, daß trotzdem unsere Pfleisenleger nicht untergehen; nach dieser Zeit kommt eine andere, wo für den Sturm für den jetzt gestäten Wind schon mit Zins und Zinseszins ernten werdet. Das neue Reichsgewerkschaftsgesetz hat wenigstens soliel betrifft, daß uns meist in allen Orten, sogar im schwarzen Wuer, Lokale zu Versammlungszwecken zur Verfügung stehen; ja es war im letzteren Orte unjenseit Kollegen bezug, den freien Gewerkschaften sogar möglich, bei der letzten Krankenkassenwahl ihre Kandidaten durchzubringen, zum allgemeinen Entsetzen aller Pfleisenlinge. Es sei aber bemerkt, daß Wuer trotzdem noch auf dem alten Fiede steht. In einigen Orten sind wir im verflorenen Jahre mit neuen, zum Teil ganz praktischen Bauarbeiter-schutzbestimmungen beglückt worden. Man war nun geneigt, anzunehmen, daß die Anordner dieser Bestimmungen auch energisch für deren Beachtung und Durchführung Sorge tragen würden. Prof. Maßheit! Soweit man wahrzunehmen hat, ist von den Bauten, Kommunal- wie Staatsbauten nicht ausgenommen, alles beim alten geblieben; gerade an einem der letzteren (Kofneubau) hat man geradezu jänderhafte Zustände in sanitärer und gesundheitslicher Beziehung angeordnet. Öffentlich helfen unsere Kollegen etwas nachhaltiger dafür sorgen, daß die Mißstände allmählich ganz verschwinden. Die Einnahmen der Hauptkasse im Jahre 1908 betrugen A. 17 729,06, die Ausgaben A. 17 071,61, Bestand der Hauptkasse A. 57,45. An die Hauptkasse wurden abgehandelt A. 7162,95. Die Kassafrage hatte eine Einnahme von A. 8740,85 und eine Ausgabe von A. 6463,84. Der Kassenbestand beträgt A. 277,01. Die Geschäfte wurden abgewickelt in 135 Mitgliederversammlungen, darunter sieben außerordentlichen. Vorforderungen mit Kollegen in Orten ohne Versammlungsort und mit Kollegen aus den örtlichen Versammlungen fanden statt zusammen 43; Sitzungen 25; Bautenbesuche 41; Bautenbesprechungen 7; Verhandlungen mit Unternehmern 19; Vertretungen an Gerichten 7. Was nur die Ausgaben in unserem Gewerbe für die Zukunft an betrifft, so scheint die Bauwirtschaft im Bezirk Wuer-Gladbeck wiederum gut zu werden; in Gelsenkirchen sollen nach Bericht bürgerlicher Blätter bereits 137 Bauforderungen nachgeschickt worden sein, was immerhin eine Besserung in Aussicht gestellt. Der Versammlungsbesuch ließ abgesehen von Gladbeck, Wanne und Wuer, sehr viel zu wünschen übrig. Dies mag zu einem Teile auf die schlechte Wirtschaftslage zu schieben verlust werden; ein stichhaltiger Grund, weshalb unsere Versammlungen fernzubleiben, ist dies jedoch nicht. Im Gegenteil, niemals ist ein so großes Vereinsleben mit Ausmaß der Meinungen zur Auffklärung wie zur Festigung des Zusammengehörigkeitsgefühls notwendig, als in solchen Zeiten. Man wird vielleicht weiter einwenden, daß man in den Versammlungen Geld verzeichnen müsse, was aber bei dem fargen Verdienst nicht möglich sei. Dieser Einwand trifft leider zu, nur mit dem Unterschied, daß einem nicht vorgeschrieben werden kann, wie viel, ja, das man überhaupt immer verzeichnen muß. Es ist auch die Frage am Platze: verwenden unsere Mitglieder, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, das Geld, das sie durch Fernbleiben aus den Versammlungen erübrigen, zu nützlicheren Zwecken? Gehen sie, deshalb weniger in die Wirtschaften oder zu anderweitigen Unterhaltungen? O nein! Man kann da mitunter Wunderdinge erleben, in welsch unüblich und gekanntester Weise die Großchen, und oft noch mehr, die man glaubt, für unsere Versammlungen nicht übrig zu haben, weggezworen werden. Dann gibt es auch eine nicht ganz kleine Zahl von Mitgliedern, die die Vertätigung, ja geradezu Aufopferung für alle möglichen Vereine als eine unbedingte Notwendigkeit angesehen scheinen, nur für ihre Berufsorganisation im Sinne. Auf der anderen Seite verlangt man aber um so nachdrücklicher, daß die Berufsorganisation die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder nach jeder Richtung wahr und vertritt; auch ein Kapitel, worüber man ganze Bände schreiben könnte. Wiederm eine andre Haltung von Mitgliedern bleibt deshalb unren Versammlungen fern, weil es in dieser oder jener Hinsicht mal nicht nach ihrem Kopfe gegangen ist. Sie halten alles für unrichtig und berkehrt, was andre vorbringen, und können sich Beschließen, die gegen ihre Ansichten gefaßt werden, nicht unterordnen, bleiben aus Verger nicht nur selber den Versammlungen fern, sondern suchen vielfach auch noch andre Mitglieder dazu zu bewegen, um dann oft alles, was in ihrer Abwesenheit unternommen und beschlossen wird, in Grund und Boden zu kritisieren. Erucht man sie um bessere Vorschläge, so wissen sie in der Regel nichts anzugeben. Will man sie zur praktischen Mitarbeit heranziehen, sind sie meistens überhaupt nicht zu haben. Es sei hierbei auch noch derer gedacht, die da zu glauben scheinen, die Versammlungen würden nur zu dem Zwecke abgehalten, um dort Quartierweibern oder sonstigen Tratsch an den Mann zu bringen, damit manchem Kollegen, der sich weiterbilden, lernen möchte, der Versammlungsbesuch auch noch verleidet wird. Daß es in unserem Zweigverein noch Zahlstellen gibt, deren Vorstandsmitglieder es noch nicht einmal für notwendig erachten, an sehr wichtigen Zweigvereins-sitzungen und Generalversammlungen teilzunehmen oder sich doch wenigstens vertreten zu lassen, verdient noch ganz besonders gerügt zu werden. Muß man solches am grünen Holze sehen, was muß da erst am dünnen werden? - Daß, wo die Dinge so liegen, die Organisation nicht die gewünschten Fortschritte macht, ist klar. Daß man dann auch nicht in der Lage ist, einen nennenswerten Einfluß auf das Unternehmertum auszuüben, ist ebenfalls klar, oder sollte es wenigstens sein. Soweit man wahrzunehmen hat, liegt es mit dem Versammlungswesen und manchem andren nicht nur in unserem Zweigverein so. Mögen also alle, die es angeht, einmal Ehrlich und ernstlich versuchen, gemeinsam mit den leitenden Personen vorhandenen Uebelständen abzuhelfen und alles Trennende zu beseitigen, dann werden wir bei kommenden Gelegenheiten auch die für alle Kollegen so notwendigen Vorteile erzielen. Das Baudelegiertenwesen, das richtig ausgebaut, ein Grundpfeiler der Organisation sein kann, läßt gleichfalls noch fast alles zu wünschen übrig. Waren in einigen Baustellen wenigstens

nach auf größeren Bauten Delegierte vorhanden, mit denen ab und zu Sitzungen abgehalten werden könnten, so haben es unsere Mitglieder in Gelsenkirchen, Wanne und Horst im verflorenen Jahre überhaupt nicht mehr für notwendig gehalten, Baudelegierte zu wählen. Kein Wunder auch, daß sich viele Zureisende nicht an, und Abreisende nicht abmelden. Kein Wunder, daß Baudelegierten nicht vorgeworfen werden und daß es manchem Drückerberger möglich war, sich an seiner Verpflichtungen vorbei zu drücken; daß ernstliche Versuche, die Indifferenzen der Organisation zuzuführen, in den allermeisten Fällen nicht gemacht wurden. Man braucht sich auch darüber nicht zu wundern, wenn unter solchen Umständen die Mißstände an den Bauten fast überhandnehmen und wenn mit Gesundheit und Leben unserer Kollegen oft geradezu Schindluder getrieben wird. Denn man erfährt in den meisten Jahresberichten, gntigere berichten kann. Anschließend muß noch hervorgehoben werden, daß sich im verflorenen Jahre einige unserer Mitglieder in moralischer Beziehung nicht immer einwandfrei benommen haben, womit sie nicht nur ihrem, sondern auch dem Ansehen des Verbandes keinen guten Dienst geleistet haben. Es ist zwar nicht angenehm, dies konstataren zu müssen, nichtsdestoweniger muß es geschehen. Mögen alle, die es angeht, dafür sorgen, daß wir derartige Klagen in Zukunft nicht mehr erleben brauchen. Auch damit hätte man nicht nur sich selber, sondern auch unserem gesamten Verbande einen unschätzbaren Dienst geleistet. Man vergesse nie, daß oft viele Unschuldige für Verfehlungen einzelner zu hüßen haben.

Mögen mit Beginn des Frühjahrs alle Kollegen mit neuem Lebensmut und neuer Zaitkraft an die Arbeit für unsere Organisation herangehen, damit wir stark genug werden, um das Unternehmertum bei der Tarifverhandlungen im Jahre 1910 zu zwingen, die nur zu berechtigten Wünschen unserer Kollegen anzuerkennen.

Görlitz. Am 21. Februar fand hier eine Konferenz, wo sämtliche Unterassistenten und Vertrauensmänner der einzelnen Baustellen erschienen waren. Auch die Zweigvereine Seidenberg und Preibus waren vertreten. Der Zweck der Konferenz war, uns über die in diesem Jahre vorzunehmende Agitation klar zu werden. Unser Zweigvereinsgebiet ist sehr schwer zu bearbeiten; es kommen ländliche Ortschaften mit vielen dort wohnhaften Mauern in Betracht. Die Mehrzahl dieser Kollegen arbeitet auf den Dörfern. Dort sollen nun neben der Hausagitation Sonntags oder nach Feierabend die Kollegen zu einer Beiprechung eingeladen werden, um ihnen Zweck und Nutzen der Organisation klarzulegen. Denn sehr vielen Kollegen ist die Organisation überhaupt nicht bekannt. Daselbst gilt teilweise auch für Görlitz. Die Mitglieder müßten nur fleißig den „Grundstein“ lesen, dann würden sie auch wissen, welchen Nutzen der Verband für sie hat. Die Unterrichts-einrichtungen geben uns ein gutes Agitationsmittel. Dann müssen wir auch sehr auf das Treiben der Christlichen achten; diese entfalten jetzt eine rege Agitation. Jeder, der es ehrlich mit seinen Kollegen meint, kann dieser Organisation nicht angehören, gehört doch zu ihren leitenden Personen ein notorischer Streifbrecher, der bei der letzten Bewegung zwei unserer Kollegen ins Gefängnis gebracht hat. Weiter wurde über Seidenberger Kollegen gefragt, die in Görlitz arbeiten, aber hier den Beitrag nicht bezahlen wollen, weil er höher ist als in ihrem Zweigverein. Auch die Beitragszahlung in den einzelnen Orten wurde geregelt. Klage wurde auch über zwei Vertrauensmänner geführt, die ihre Pflichten in großer Weise vernachlässigt haben. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, die die Arbeitslosigkeit vorzunehmen haben, daß sie die Listen gewissenhaft auszufüllen und zur bestimmten Zeit in sauberem Zustande zurückzugeben haben.

Groß-Zimmern. Am 21. Februar fand beim Gastwirt Kollegen Keibel eine öffentliche Mauerverammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken des verstorbenen Kollegen Stankung durch Erheben von den Sitzen. Kollege Rullmann aus Gr.-Zimmern hielt einen Vortrag über: „Arbeitslosigkeit, ihre Wirkungen und die Ziele der modernen Arbeiterbewegung“. Er fand allgemeinen Beifall. Die Versammlung wie der Vortrag dienten besonders der Agitation. In der Diskussion sprachen die Kollegen Lorz, Göbel und Herber im Sinne des Referenten; Göbel betonte besonders auch den Wert der politischen Organisation. Danach wurde Kollege Herber als Delegierter zur Gaukonferenz gewählt. Im ganzen nahm die Versammlung einen guten Verlauf.

Kreuzberg. Am 21. Februar fand bei W. Menndie eine Mitgliederversammlung statt, zu der trotz genügender Bekanntgabe von 91 Mitgliedern nur elf erschienen waren. Nachdem der Vorsitzende den Bericht über die Situation erstattet hatte, gab der Kassierer den Kassenbericht; ihm wurde daraufhin Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender der Kollege Gustav Weber-Magwitz neu gewählt, als Kassierer wurde Kollege Hermann Gottschalk-Walditz wiedergewählt. Mehrere Kemter konnten nicht besetzt werden, weil keiner einen Posten annehmen wollte. Die Beratung des Lohntarifs mußte zurückgestellt werden, obwohl der alte Vertrag am 15. März abläuft. Diese Beratung hat schon dreimal auf der Tagesordnung gestanden und mußte jedesmal wegen zu schwachen Besuchs zurückgestellt werden. Wenn der Zustand so weitergeht, dann haben es sich die Mitglieder selbst zuzuschreiben, wenn sich die Verhältnisse verschlechtern. Der Vorstand hat getan, was er konnte. Die nächste Versammlung am 21. März, nachmittags 3 Uhr, bei W. Menndie, wird zu der ganzen Lage Stellung nehmen.

Landau. Am 14. Februar hielt der Zweigverein seine Generalversammlung ab. Zunächst gab Kollege N. Stein den Kassenbericht vom vierten Quartal. Anschließend hieran entpaffn sich eine Debatte über die Revisionen, bezw. die Revisoren, die ihre Pflicht nicht getan. Alsdann gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Es fanden fünf Mitglieder- und vier öffentliche Versammlungen sowie sechs Sitzungen und acht Reaktionen statt. Neu eingetretten sind 14 Kollegen, davon sechs zum zweitenmal. Gestorben ist ein Mitglied, zu dessen Andenken sich die Anwesenden

von ihren Eichen erhoben. Gemahregelt wurden vier Kollegen. Krankenunterstützung wurde an 88 Kollegen ausgehört. Die Totalliste hatte eine Einnahme von 701,56 und eine Ausgabe von 624,17, der Kassenbestand betrug 208,62. Die Hauptliste hatte eine Einnahme von 2749,95, abgehandelt wurden davon 1702,52. Die im Monat Juli aufgenommenen Bauaktivität zeitigte folgendes Bild: In Landau waren beschäftigt bei 10 Unternehmern an 11 Neu-, 3 Umbauten und 7 Reparaturen 8 Poliere, 99 Gesellen, darunter 4 Italiener, und 6 Lehrlinge, mit einem Durchschnittslohn von 46 1/2 %.

In Eberstadt, Eschheim, St. Martin und Nohf bei 8 Unternehmern an 6 Neu-, 2 Umbauten und 11 Reparaturen 28 Gesellen, 4 Lehrlinge, mit einem Durchschnittslohn von 44 1/2 % bei zehnjähriger Arbeitszeit. 18 Kollegen hatten sich bis dahin schon einem anderen Berufe gewandt. Die Neubauten waren meist gerichtet bezw. zum Nichterfertig. Der Rückgang der Bautätigkeit war 1908 enorm. Dieser Rückgang muß auch den lauen Versammlungsbefuch verschuldet haben. Manche Kollegen sind ja der Meinung, daß bei solcher Krisis Organisation und Versammlungsbefuch Nebenache seien. (Hoffentlich werden diese sich noch eines Besseren belehren lassen. D. W.)

Bei der Arbeitslosgängigkeit befragten wir 174 Kollegen, davon standen 645 in Arbeit, über die Hälfte davon jedoch außerhalb des Berufs; 82 waren arbeitslos wegen Arbeitsmangels, 33 wegen Witterungsverhältnissen und 6 wegen Krankheit. Gewissenhafte Ausführung wurde den Zahlern ans Herz gelegt. Nach dem Kartellbericht des Vorsitzenden wurde dieser sowie Kollege Stein wieder als Kartelldelegierter gewählt. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege S. Schaffler wieder als erster Vorsitzender, Kollege S. Stein wieder als erster Kassierer gewählt. Da einige Kollegen wegen des Abgangs der Liste fort mußten, wurden die Listen der Arbeitslosgängigkeit wieder ausgearbeitet. Ob dieser Listen bezw. deren Ausfüllung entsprochen sich eine Debatte, die nur durch Schluß der Versammlung beendet werden konnte. (Im letzter Zeit treten überhaupt einige Kollegen mit einer Kritik auf, die nicht mehr schön ist. Deshalb ist auch sehr die Aufrichtigkeit der Meinung dieser Kollegen im Zweifel zu ziehen. Wollen sie sich diesen Zweifel nicht gefallen lassen, so müssen sie sich bei den kommenden Versammlungen auf sich selbst besinnen, alle persönlichen Einflüsse von sich zu schießen und sich fernherin nur nach den Allgemeininteressen widmen. D. W.)

Leipzig. Am 17. Februar hielt der Zweigverein seine Generalversammlung im Volkshaus ab. Zu Ehren des Kollegen Stanning erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Der Kollege Verthold gab den Geschäftsbericht. Im Berichtsjahre haben stattgefunden 43 Versammlungen und 23 Sitzungen, und zwar 5 Agitationskomitees und 18 Vorstandssitzungen. Die Bautätigkeit ist auch in diesem Jahre wieder zurückgegangen. Im Jahre 1904 wurden errichtet 1129, 1905 963, 1906 886, 1907 752, 1908 724 Bauten. Dadurch hat sich auch die Mitgliederzahl etwas verringert. Am 1. Januar 1908 betrug der Mitgliederbestand 8450, am Jahresschluß 8325, mithin 125 weniger. Außerdem arbeiteten im Jahre 1908 aus anderen Zweigvereinen 738 (1907 1041), das sind 300 Kollegen weniger, die laut Status ihre Beiträge hier am Arbeitsorte zu entrichten haben. Arbeitslosenmärkten wurden verkauft im Jahre 1907 1829, 1908 3025. Arbeitslosenleistungen fanden statt wegen Mangelregelung; bei Reumann & Werner in Gohlis, Raumann & Buchner in Reuthsch, Erbs in Leipzig; wegen schlechter Behandlung bei Welter in Gohlis und Hügel in Gohlis. Es fanden 9 Baupreisen wegen rückständigen Lohnes statt. Die Forderung betrug 1.163,61, erhalten konnten werden 1.140,65. Es waren 7604 Arbeitslosenleistungen zu bezeichnen. Kollege Scheibe gab den Kassenbericht, der eine Einnahme von 177.583,20 aufweist, der eine Ausgabe von 189.429,30 gegenübersteht; es bleibt ein Kassenbestand von 88.103,90. Unter der Ausgabe befindet sich für Krankenunterstützung 551,50, für Krankenunterstützung 14.477,90, für Steuerunterstützung 2047,50, für Gemahregelunterstützung 485,35, für Arbeitslosenbeitragsmärkten 222,50. Auf Antrag wurde der Gesamtvorstand entlassen. Die Neuwahl der Leitung ergab die Wahl der Kollegen Verthold als ersten Vorsitzenden, Scheibe als ersten Kassierer, Kopch und Gräfe als Beisitzer, Junold, Weichardt und Hrus als Revisoren. Weber die Bauarbeiterkommission gab der Kollege Wusch Bericht. Er sagte, daß sich hinsichtlich der Bauarbeiterkommission nicht viel gehesert habe. Die Bauten wurden im Frühjahr und im Herbst kontrolliert. Durch verschiedene Beispiele wurde den Kollegen bewiesen, daß man sich durch das Nichtbeachten der Vorschriften selbst strafbar macht. Die Zustände können sich nur ändern, wenn man unfremde Verlangen, Arbeiterkontrollen anzufellen, nachkommt. Als Delegierte zur Bauarbeiterkonferenz wurden die Kollegen Bauerfeld und Wusch gewählt. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell gab der Kollege Bauerfeld. Die Kollegen Verthold, Bauerfeld, Wusch und Hagerborn wurden als Delegierte ins Kartell gewählt. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß in unfremde Berufe am Ende dieses Monats eine Arbeitslosgängigkeit unternommen wird. Die Kollegen Oswald und Gerstl wurden auf Antrag ausgeschlossen. Folgender Vertrag ist von den Arbeitgebern und den organisierten Maurern von Liebertsdorf und Umgebung vereinbart worden: Die Maurer erhalten vom 1. August bis 31. August 1908 58 %, vom 1. September bis 31. Dezember 1908 54 %, vom 1. Januar 1909 bis 31. März 1909 55 %, vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 56 % pro Stunde. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden und beginnt früh 6 1/2 Uhr und endet abends 6 Uhr. Dieser Vertrag hat Gültigkeit vom 1. August 1908 bis zum 31. März 1910.

Einbach i. S. Unsere Versammlung am 21. Februar war trotz der wichtigen Tagesordnung leider sehr schwach besucht. Die Versammlung erhebt das Andenken des verstorbenen Kollegen Stanning durch Erheben von den Plätzen. Dann beschloß man sich mit der Einführung von Baudelegierten. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, das Delegiertenwesen einzuführen. An zweiter Stelle beschäftigte man sich mit der Vertragserhöhung. Die Aufnahme einer Statistik hat ergeben, daß der Lohn auf 42 bis 45 % pro Stunde geliegen ist, wir sind sonach

natürlich verpflichtet, den höheren Beitrag zu zahlen. Den Schluß bildete eine Aussprache über die Affordarbeit, die in Zukunft vermieden werden soll.

Gau München. Am 21. Februar tagte in Mühlendorf eine Konferenz der Zweigvereine und Zahlstellen ihrer Gegend, die sich mit der Agitation befaßte. Kollege Gartz rechtferdigte die Konferenz mit den rückständigen Verhältnissen, die hier noch obwalten, es werden 3. B. noch Löhne (Zagelöhne) von 2,20 und 2,50 gezahlt. Hier soll mit einer lebhaften Agitation begonnen werden, damit es möglich ist, besser einzugreifen. Das Defizit hatte Kollege Gartz, der in längerer Ausführungen die Aufgabe behandelte. In der Diskussion sprachen die Vertreter aller Organisationen ihre Bereitwilligkeit aus, ihre Schuldigkeit in der Agitation zu tun. Vertreten waren elf Zweigvereine und Zahlstellen, nicht vertreten waren Einbach, Pfarrkirchen und Dorfen; auch für diese Kollegen wäre es zweckmäßig gewesen, dabei zu sein. Soffentlich tun sie nun in der Agitation ebenso ihre Schuldigkeit wie die Kollegen der anderen Orte.

Nürnberg-Gürth. (Jahresbericht.) Trotz der vorhandenen guten Konjunktur haben auch wir die Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs verspürt. Der Zugang an Arbeitskräften war bedeutend höher als in den früheren Jahren, wodurch nicht nur der Bedarf gedeckt, sondern in gewissen Beträgen eine Anzahl von Kollegen arbeitslos wurde, worüber sich das hiesige Unternehmertum sehr freute, obwohl auch die fremden Kollegen organisiert waren. Ein recht mäßiges Verhältnis (schlecht ist seit den letzten Jahren in unfremde Baugewerbe ein, was vielfach zu großer Arbeitslosigkeit unter den Steinhauern führt. In Stelle des schönen Sandsterns, der in der Nähe Nürnbergs gebrochen wird, wird meistens nur noch rauhes Bausteinmaterial verwendet. Wo noch Sandsteinarbeiten ausgeführt werden, verschleudern sich die Arbeiterverhältnisse durch den Unterkaufordanten, der es versteht, sich auf Kosten der Arbeiter ein besseres Leben zu verschaffen; auch trifft dies zum Teil auf unfre Kollegen (Steinhauer und Runterspücker) zu, die solche Arbeiten in Afford übernehmen, und es dadurch den einzelnen Kollegen unmöglich machen, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen, weil hier persönliche Freundschaft eine große Rolle spielt. Besonders treten diese Mißstände in Gürth zutage. Das Baudelegiertenwesen hat im verflochtenen Jahre ebenfalls sehr viel zu wünschen übrig gelassen; in Zukunft muß hierin eine Besserung eintreten, wenn wir unfre Stellung den Unternehmern gegenüber nicht verschlechtern wollen. Der Versammlungsbefuch war das ganze Jahr hindurch im allgemeinen sehr schlecht, wozu viel persönliche Streitigkeiten beigetragen haben. Es muß daher für die Folgezeit mehr für die Bildung der Kollegen getan werden. Mit der Entwicklung des Zweigvereins könnte man zufrieden sein, obwohl sich die Zahlstellen Windschlag und Zerkung auflösen, erstere durch die Flucht der Kollegen, als ihnen eine Lohnerrhöhung von 2 bis 4 % gewährt wurde, letztere durch die schlechte Bautätigkeit am Orte. Die Organisation in Gohlis ist unfremd Zweigverein angeschlossen. Auch in Gohlis haben sich wieder einige Kollegen aufgerafft, so daß auch dort unfre Organisation, wenn auch schwach, aber doch vertreten ist. Nach Abschluß des dritten Quartals ist der Zweigverein auf mit Nürnberg verschmolzen worden, desgleichen auch zu Anfang des Jahres der Zweigverein Eschenau. Wenn auch die dortigen Kollegen die Organisation fast für zwecklos halten und ganz gleichgültig darüber hinweggehen, so dürfte es uns in diesem Jahre durch ununterbrochene Agitation doch gelingen, sie aufzumuntern, um die Organisation wieder zu haben. In Geroldsberg hatten wir eine Lohnbewegung. In diesem Orte herrschte zu Anfang des Jahres eine überaus gute Konjunktur, die die Kollegen nicht ungenüht vorübergehen ließen. Sie forderten 45 % Stundenlohn, was zwei Unternehmer nach dreimaliger Unterhandlung bewilligten, während die übrigen zwei Unternehmer glaubten, es sei mit ihnen nur Spaß getrieben. Die Kollegen legten die Arbeit nieder und hielten nach einer Woche vollen Erfolg. Ein Unternehmer führte damals seine Arbeiten in Geroldsberg aus, so daß wir ihn nicht lassen konnten; es dürften aber auch die bei ihm beschäftigten Kollegen bald zu ihrem Rechte kommen. Leider ist bei dieser Bewegung ein Kollege dem Gesetz zum Opfer gefallen; er mußte auf vier Wochen ins Gefängnis wandern, weil das Gericht in einigen geringfügigen Angelegenheiten eine Verdrohung eines Strafverbrechens erblickte. Im allgemeinen kann man mit dieser Bewegung zufrieden sein, denn der Durchschnittslohn betrug vor der Bewegung 33 %, jetzt beträgt der Mindestlohn 45 %, das ist eine Lohnerrhöhung von 7 bis 9 % pro Stunde und wöchentlich von 4,20 bis 5,40. Mögen sich die Kollegen in den übrigen Zahlstellen, wo zum Teil noch schlechtere Verhältnisse bestehen, dies zur Notiz nehmen; allerdings ist solcher Erfolg nur dann möglich, wenn eine gute, brauchbare Organisation vorhanden ist. Der Tarif der Fliesenleger wurde von den Arbeitgebern gekündigt und sollte eine Verflechterung des Stundenlohnes um 10 % und eine Arbeitszeitverlängerung von vier Stunden in der Woche erfahren. Diesem Gebaren traten die Kollegen entgegen; nach dreimaliger Unterhandlung kam ein Tarif zustande, wobei von den früheren Positionen vieles nachgelassen werden mußte, und zwar deshalb, weil die Kollegen einseitig still genug waren, sich mit dem Schiedsgericht in Berlin abzufinden. Recht unliebsame Verhältnisse treten dadurch auf, daß verschiedene Kollegen (Maurer) Fliesenlegerarbeiten ausführen, aber nicht den Mut besitzen, Lohn und Arbeitszeit nach dem Tarif der Fliesenleger zu verlangen, wodurch manche Fliesenleger arbeitslos werden. Unfre Aufgabe wird sein, bei besserem Geschäftsgang mit diesen Kollegen sowie mit den Unternehmern gleichzeitig ins Gericht zu gehen. Weitere Lohnbewegungen haben sich im Berichtsjahre nicht abgespielt, aber trotzdem hat es im Zweigvereinsgebiet Arbeit genug gegeben; dies beweist schon, daß zu Anfang des Jahres ein zweiter Kollege angestellt werden mußte. Mehrere Differenzen wegen Nicht-einhaltung des Lohns wurden verschiedentlich von dem Vorsitzenden geregelt, teilweise mußten wir uns auch erst an den Arbeitgeberverband wenden. Man ruft aber den Beamten manchmal zu Differenzen, die so kleinlich sind, daß sie leicht durch den Baudelegierten geregelt

werden könnten. Da muß aber der Beamte die Zeit verträglich, die manchmal zu etwas besserem verwendet werden könnte. Ferner haben sich noch mehrere Streitigkeiten wegen Mangelregelungen ergeben, zu deren Erledigung neun Schlichtungskommissionen und eine Tarifkommission eingerichtet nötig waren. Letztere befaßte sich mit dem § 10 des Tarifs, weil die Firma Widderhof & Wiedemann glaubte, ihn zu ihren Gunsten erweitern zu können. Zur Erledigung der Geschäfte waren 26. Versammlungen, 4 erweiterte Vorstandssitzungen, 1 ordentliche und 3 außerordentliche Generalversammlungen nötig. Mitglieder- versammlungen fanden 173 statt, davon entfallen auf Nürnberg 18, auf Gürth 16, die übrigen fanden in den Zahlstellen statt. Außerdem wurden 115 Kartell- versammlungen abgehalten. Ferner fanden noch 24 Bezirksversammlungen und sieben Versammlungen der Section der Kammbauer statt. Sperren bezw. Arbeits- einstellungen hatten wir sieben, die mit nur zwei Ausnahmen von den Kollegen selbständig vorgenommen wurden. Wenn auch alle mit Erfolg geendet haben, so dürfen solche Arbeitsentstellungen in Zukunft nicht mehr vorkommen, weil dadurch das Ansehen der Organisation geschädigt wird. Die Mitgliederbewegung befreit sich in folgenden Zahlen: Am Schluß des Jahres 1907 betrug die Mitgliederzahl 1735. Im Laufe des Jahres sind eingetretene 340, davon waren schon einmal Mitglied 123, zugerechnet sind 317, abgereist 276, ausgetreten 29, ausgeschloffen 1, wegen Schulden gestrichen 47, zum Militär eingezogen 34, gestorben 33, bleibt ein Mitgliederbestand von 1988. Insgesamt wurden 75.342 Marken verkauft. Die Zahl der abgesetzten Marken auf die Durchschnitts- zahl der Mitglieder (1926) berechnet, ergibt in diesem Jahre für das Mitglied 1,69 gegen 32,27 im Vorjahr und 34,01 im Jahre 1906. Die Zweigvereine des Gaues Nürnberg, deren Mitglieder im Arbeits- und Interessengebiet Nürnberg-Gürth in Arbeit stehen, haben insgesamt 14.292 Marken von uns bezogen. Am Schluß des vierten Quartals hatten 1727 Mitglieder keine Beitragsrückstände. Rückständig waren 229 Mitglieder von ein bis neun Wochen, 31 über neun Wochen. Die Hauptliste hatte eine Einnahme von 49.989,69. Davon konnten 30.571,72 an die Hauptliste abgehandelt werden. Die Totalliste hatte eine Einnahme von 32.673,77 und eine Ausgabe von 19.753,40, so daß am Jahreschluß noch 12.920,37 Kassenbestand verblieben. In diesem Jahre haben wir mehr denn die rückständige Beiträge zu bezeichnen. Hier müssen die Kollegen, sobald die Arbeit wieder in vollem Umfange beginnt, energig eingreifen und auf jeder Baustelle einen Baudelegierten wählen, damit die säumigen Kollegen wieder aufgemuntert werden. Zue jeder seine Pflicht, dann werden wir auch frohen Mutes den kommenden Kämpfen entgegenzutreten können. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kollegen Biegler zum ersten Vorsitzenden und des Kollegen Umhey zum ersten Kassierer.

Nötha. Am 21. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Mitglieder erhoben sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen Stanning von den Plätzen. Genosse Fischer aus Leipzig hielt einen lehrreichen Vortrag über die Reformen und ihren Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Europas, der mit großem Beifall aufgenommen wurde; bedauerlich war nur, daß von 130 Mitgliedern nur 22 erschienen waren. Danach gab der Vorsitzende das Ergebnis der Arbeitslosgängigkeit bekannt. Von den Kollegen sind 118 befragt worden, davon feierten wegen Witterungsverhältnissen 64, wegen Krankheit 17, wegen Arbeitsmangels 17, nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Donneburg. Eine Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins am 21. Februar, beschäftigte sich mit dem Ablauf des Tarifs am 31. März. Es wurde beschlossen, den Unternehmern vorzuschlagen, den Tarif bis auf weiteres zu verlängern. Die Lohnkommission soll der engere Vorstand bilden. Vom Kartellbericht, den Kollege Wöhrer erstattete, ist zu erwähnen das diesjährige Projekt der Waiseier des Gewerkschaftskartells, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Weiter gab der Vorsitzende das Resultat der Arbeitslosgängigkeit vom 30. Januar bekannt und ersuchte, die nächste Zahlung ebenso gewissenhaft auszuführen. Zum Schluß hielt Kollege Bromme einen Vortrag über die dem Kartelltag vorliegenden Arbeitsergebnisse, der beifällig aufgenommen wurde. Der Besuch ließ sehr viel zu wünschen übrig. Wir appellieren an die Kollegen, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen.

Soest. Am 21. Februar fand unfre regelmäßige Mitgliederversammlung statt; sie war leider wieder schwach besucht. Es wurde zunächst die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Dehmann wiedergewählt, als Kassierer Kollege Wöhrer. Zur Entlastung unfres Kassierers, der außerdem auch Kassierer der Bauhilfsarbeiter ist, soll fortan ein Hilfskassierer tätig sein, der für jedes Quartal gewählt werden soll. Eine Beihilfe für Zwecke der Gewerkschaftsbibliothek wurde bis zum nächsten Quartal zurückgestellt. Ferner wurde vom Vorstand aus- geregt, in nächster Zeit eine Agitationsversammlung mit einem Referenten abzuhalten. Zur Zeit der Gründung des Zentralverbandes der Maurer war auch in unfrem Orte ein kartelllicher Zweigverein gegründet worden. Doch aus Mangel an Energie bei den leitenden Personen verlief er gar bald wieder. Es sind später, namentlich von der Bauleitung, mehrere Versuche gemacht worden, um die Soester Maurer dem Verbande wieder zuzuführen, was jedoch nicht gelingen wollte. Zu Ende des Jahres 1905 wurde dann eine Zahlstelle gründlicher Bauhandwerker gegründet. Jetzt zeigte es sich aber, daß auch hier Kollegen vorhanden waren, die sich nicht für eine gelbe Gewerkschaft interessieren konnten. Obgleich nun von den Schriften mit aller Entschiedenheit gearbeitet wurde, um das Zustandekommen unfreer Organisation zu bereiten, und obwohl auch die Herren Wirte uns ihre Lokale herbeigeworfen, brachten wir es doch endlich zu Anfang des Jahres 1908 zur Gründung einer Zahlstelle, die heute doch mit den Schriften konkurrieren kann. Und wenn hier auch noch sehr viel Agitation geleistet werden muß, so können wir doch mit einem dauernden Bestehen hier am Orte rechnen. Unfre Genossen aber rufen wir zu: Arbeit an!

ermüdtlich für die Interessen unseres Verbandes und beschuldigt vollzählig die nächste Agitationsversammlung, über die noch Näheres bekannt gegeben wird.

Stralsund. Am 16. Februar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der die Gewerbegerichtsstreitfrage gegen den Bauunternehmer A. Kuhn besprochen wurde. Dieser Unternehmer hat hier seit 1906 drei Neubauten aufgeführt. Der Streitfrage lag folgender Tatbestand zugrunde: A. Kuhn hat die Arbeiten des einen Hauses an einen Königsberger Polier Wölff in Auftrag gegeben. Nun hat sich der Polier Königsberger Kollegen geholt, um die Stralsunder Kollegen aus der Arbeit zu bringen, weil sie nicht in Auftrag geben wollten. (Versammlungsbefehl verbietet die Affordarbeit.) Nun traten die Königsberger Kollegen als Kläger gegen den Unternehmer auf wegen rückständigen Lohnes. Der Unternehmer behauptete vor dem Gewerbegericht, daß er den rückständigen Lohn nicht zu zahlen brauche, weil er schon mehr Vorarbeit an den Polier gezahlt habe, als sie überhaupt verdient hätten, und dann sei die Arbeit überhaupt nicht fertig. Als Sachverständiger war der Maurermeister W. Mohr von hier geladen. (Oberstufenschlichter und Agitator des Arbeiterverbandes.) Ferner behauptete A. Kuhn, daß er mit den Mauern nichts zu schaffen hätte, da er die Arbeiten an Wölff vergeben habe, der sich selbst die Reute besorge und auch die Beiträge zur Krankenkasse und Versicherungsbeiträge zahlte. Der rückständige Lohn beträgt für jeden Maurer für eine Woche M. 48, für den Arbeiter M. 27, im ganzen M. 219. Für diesen Lohn klagten die vier Maurer von Königsberg, der Polier und der Arbeiter. Der Maurermeister Mohr (Sachverständiger) sagte, der Polier könne nicht als Unternehmer angesehen werden, und schob dem Unternehmer die Schuld zu. Der wollte aber nicht zahlen, und er begründete das damit, daß die Arbeit noch nicht fertig sei. Nun kam es zu einem Wortgefecht, das jeder Beschreibung spottet. Da das Gewerbegericht keine Einigung erzielen konnte, so mußte die Sitzung vertagt werden. Den Königsberger Kollegen folgen allen anderen möchten wir raten, wenn sie wieder einmal die Gelegenheit haben sollten, in Stralsund zu arbeiten, sich mindestens vorher über die Arbeitsverhältnisse zu unterrichten und nach den Beschlüssen der Organisation zu handeln. Unangenehm haben sich die Kollegen auch nicht, und so wurde in der letzten Versammlung wegen der Affordarbeit gegen drei Königsberger Kollegen der Ausschluß beantragt und beschlossen. Dann wurde der Bericht des Zweigvereins Bergen a. Mügen von mehreren Kollegen angelesen; denn wenn von dort berichtet wird, daß sich die Berger Kollegen zu Anfang geweigert hätten, den Extrabeitrag für das Stralsunder Gewerkschaftshaus zu zahlen, so ist das nicht richtig, sondern die Berger Kollegen haben sich von Anfang bis zur letzten Stunde geweigert, ja, sie drohten, dies vor den kommenden Verbandstag zu bringen; aber sie wollten es doch erst dem Ausschluß unterbreiten, denn von dem dachten sie nun recht zu bekommen, aber diese Erwartung traf nicht zu. Es wurde in der Versammlung von den Kollegen, die dort schon gearbeitet haben, behauptet, daß nicht ein einziger Mügen'scher Kollege die fremden Kollegen irgendwo auf den Bauhöfen aufmerksam gemacht habe. Im Gegenteil, die Stralsunder Kollegen haben noch die Berger Kollegen aufgefordert, ihnen doch Karten mitzubringen; aber auch das ist nicht geschehen. Also dann trifft es wohl zu, wenn man von Schläfrigkeit spricht. Auch ist es nicht wahr, daß wir den Bauhöfen betrittelt haben, sondern wir haben nur das für unrichtig gehalten, daß gerade zu diesem Bauhöfen die unberühreteten Kollegen herangezogen werden, denn gleiche Rechte, gleiche Pflichten. Im übrigen waren die Stralsunder Kollegen auch in der Lage, in der Zeit von 1906 bis 1908 für das Gewerkschaftshaus und an Kartellbeiträgen M. 1655,70 aufzubringen. Auch hierauf sind die Stralsunder Maurer stolz. Es steht für uns fest, solten Stralsunder Kollegen einmal wieder in die Lage kommen, auf Mügen ihre Brot suchen zu müssen, und sollen Forderungen dieser Art an sie gestellt werden, so wird sich keiner davon zurückziehen.

Wittenberge. Am 23. Februar hielt der hiesige Zweigverein in der „Zentralhalle“ eine Extraversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ermahnte, sich zu Ehren unseres verstorbenen Kollegen Johann Stanning von den Plätzen zu erheben, nahm darauf der Vorsitzende, Kollege Ollroth, das Wort und rügte, daß sich trotz aller Bemühungen des Vorstandes die Kollegen nicht bewegen lassen, ihre Versammlungen besser zu besuchen. In der vorigen Versammlung am 2. Februar waren von 160 Kollegen acht erschienen. So etwas ist gewiß kein erfreulicher Anblick für den Vorstand. Zu dieser Extraversammlung waren sämtliche Kollegen mittels gedruckt, und auf dem „Grundstein“ befestigter Zettel eingeladen worden. Aber auch dies brachte nicht den gewünschten Erfolg. Etliche unserer Kollegen zichen es sogar vor, statt die Versammlungen zu besuchen, nach Berlin ins Theater zu fahren, oder geistlose Vergnügungen von Altimmbereinen mitzumachen. Nachher können sie nicht einmal ihre paar Groschen Beitrag bezahlen. Dies sind sehr bescheidende Zustände für einen Zweigverein. Zu dem auf der Tagesordnung stehenden Thema: „Genossenschaftliches Sprach-Kolleg“ Karl Schmidt. Er meinte, es sei vielleicht nötiger, über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation zu sprechen, denn der größte Teil unserer Kollegen sei noch nicht einmal reif für eine gewerkschaftliche Organisation, viel weniger für das Genossenschaftswesen. Kollege Schmidt wies in kurzen Ausführungen auf Zweck und Nutzen der Konsumvereine hin und ermahnte die verhetzelten anständigen Kollegen, sich doch nach Möglichkeit dem Genossenschaftswesen anzuschließen. Ferner wurde noch die Lokalfrage angesprochen. Es entspann sich hierüber eine äußerst lebhaft Debatte. Vor zwei Jahren wurde hier ein Lokalabstott verhängt, der aber vor einem Vierteljahr aufgehoben werden mußte, weil die dazu gefassten Beschlüsse nicht gehalten wurden. Auch ein Zeichen für die hiesigen Zustände, Kollege Diebenhoff wurde auf Antrag des Vorsitzenden wegen rückständiger Beiträge gestrichen. Mehrere ähnliche Anträge wurden einweisen zurückgestellt.

Holierer und Steinholzleger.

Dresden. Die Mitgliederversammlung am 21. Februar beschloß nach längerer Debatte, zur Unterstüßung des Kampfes in Hamburg bis auf weiteres einen Extrabeitrag von M. 1 pro Woche zu erheben. Wer nur drei Tage und weniger in der Woche arbeitet, bezahlt M. 0,5. Diese Extrabeiträge sind jeden Sonntagabend im Arbeitsnachweis oder an den Kassierer zu entrichten. Der erste Beitrag ist vom 21. bis 27. Februar fällig. Für die Wochen seit Beginn der Aussperrung wurden M. 50 aus der Kasse bewilligt. Die Firma Michel, mit der voriges Jahr ein Lohnvertrag vereinbart worden war, der von der Firma aber noch nicht unterzeichnet ist, scheint die organisierten Holierer ausmerzen zu wollen. Es wurde beschlossen, die Firma zu sperren, falls sie den Tarif nicht unterzeichnet. Sodann erfolgte noch die Wiederaufnahme der Kollegen Krenns und Jasob.

Hamburg. In der Aussperrung der hiesigen Holierer hat sich noch nichts geändert, die Unternehmer haben noch nichts getan, um die von uns nachgesuchten Verhandlungen zu ermöglichen. Der Firma Wokant gelang es, durch Inzersetzung einige auswärtige sogenannte Holierer zu bekommen. Allerdings gelang es ihr auch nur dadurch, daß sie diesen Leuten erzählte, daß viele Streikende, sogar zwei Vorstandsmitglieder, schon wieder arbeiteten. Das ist natürlich nicht wahr; von den Aussperrten ist noch keiner abgefallen. Von den sieben Angeordneten sind zwei unerkannt abgereist, vier haben sich angegeschlossen. Der zehnprozentige Extrabeitrag hat in der zweiten Woche M. 79,00 ergeben. Einige Aussperrte sind in Dortmund in Arbeit getreten. Wenn die Kollegen fest bleiben, werden die Unternehmer bald ihren Tarif zurückziehen müssen.

Drohende Aussperrung in Wien.

Gegen alles Erwarten fängt es plötzlich im Wiener Baugewerbe an zu kriseln. Die erst vor kurzer Zeit gepflogenen Verhandlungen über Erneuerung der Verträge der Maurer und Bauhilfsarbeiter hatten zu neuen Vereinbarungen geführt, die die im Jahre 1908 nach der Aussperrung abgeschlossenen Verträge auf vier Jahre verlängerten. Nun hat die Spinnung auf Erhaltung des Friedens plötzlich einen sehr starken Stoß erhalten. Diese Vereinbarungen können nämlich nur Gültigkeit erhalten, wenn auch die Verhandlungen in den andern Gewerben zu Vertragsabschlüssen führen. Nun ist es jedoch bei den Tischlern zum offenen Kampfe gekommen, und da die Unternehmer der anderen Gewerbe im Jahre 1908 den Bauunternehmern mit der Aussperrung beizugehen, so werden sie jetzt von den Bauunternehmern das gleiche verlangen. Darum ist es möglich, daß mit dem Ablauf der heute noch bestehenden alten Verträge, am 1. April, eine allgemeine Aussperrung Platz greifen wird.

Der Verband der Maurer und Handlanger in der Schweiz

hält am 30. Mai und folgende Tage in Winterthur seinen zweiten ordentlichen Verbandstag ab. Die Tagesordnung weist neben den Berichten und den rein geschäftlichen Sachen folgende Punkte auf: Entscheidung darüber, ob sich für den Verband die Eintragung in das Handelsregister empfiehlt; Beschlußfassung über die beantragte Gründung einer dem Verbands angegliederten Zentralkrankenkasse und Beschlußfassung über den Beitritt zum schweizerischen Gewerkschaftsbund.

Zentralkrankenkasse.

(„Grundstein zur Einheit“)

In der Woche vom 21. bis 27. Februar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Mariendorf M. 200, Maßlsdorf 150, Palm-Neuendorf 100. Summa M. 450.

Zuschüsse erhielten: Stettin M. 1400, Charlottenburg 1000, Kiel 600, München 500, Jagnid 400, Stuttgart 400, Elm a. Rh. 400, Leipzig 300, Mannheim 300, Potsdam 300, Osnabrück 300, Rindendorf 300, Essen a. b. Ruhr 200, Fürstmaube 200, Düsseldorf 200, Bremen 200, Duisburg 150, Queblinburg 150, Alt-Weslin 150, Altendruslar 150, Rineburg 150, Vippobadener 150, Langener 100, Budow 100, Lindow 100, Golow 100, Marborn 100, Groß-Weslen 100, Seubach i. Sellen 100, Langendiech 100, Hertsheim 100, Cappel 100, Arnstadt 100, Eichen 100, Eggen 100, Malchin 75, Elbing 75, Thelka 80, Rindwärd 50, Rathenow-50, Wüth a. Rh. 50, Rabel 50, Wombach 50, Holttau 50, Langenselbold 40, Niederbreisig 20. Summa M. 8790.

Wittenberge, den 27. Februar 1909.
Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Aus den Verwaltungsstellen.

Berlin. Die am 14. Februar stattgehabte Mitgliederversammlung nahm die Abrechnung vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung, die beide gedruckt vorliegen, entgegen. Die Einnahme im letzten Quartal betrug M. 55304,65, der Bestand vom dritten Quartal M. 1683,74, der Zuschuß von der Hauptkasse M. 8000, zusammen M. 64988,29; die Ausgabe betrug M. 61059,35, bleibt ein Bestand von M. 3928,66. Aufgenommen wurden 139 neue Mitglieder, gestorben sind 12 Mitglieder; der gegenwärtige Bestand beträgt 6016 Mitglieder. Die Jahresabrechnung weist eine Einnahme von M. 197768,85 sowie M. 8754,50 Bestand von 1907 und M. 53000 Zuschuß von der Hauptkasse, eine Gesamteinnahme von M. 259518,35, auf. Die Gesamtausgabe inf. M. 7000, die an die Hauptkasse abgehandelt wurden, betrug M. 255589,69; bleibt ein Bestand von M. 3928,66. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Krankengeld an Mitglieder M. 139127,15, an Angehörige M. 8490,24, Unfallzuschuß M. 1090,94, 62 Sterbefälle 1. und 2. Klasse M. 7228,75, Verzehrgelder M. 22438,45, Medizin M. 16969,55, Wäber, Brillen, Sanoxan, Massieren, Schöpfen, Bahngesund und Zahnersatz M. 14977,18, erste Hilfe, Krantransport und an Krankenanstalten M. 24637,75,

laut § 5 des Statuts Verwaltungskosten an die Hauptkasse gesandt und sonstige Ausgaben M. 20609,78. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 6140 gegen 6758 im vorigen Jahre. Es erkrankten im Jahre 1908 2820 Mitglieder gegen 2651 im vorigen Jahre, davon durch Unfall 862, des Berichtsjahres 62 Mitglieder. Die Krankheitsstage betragen 66229, auf die durchschnittliche Mitgliederzahl berechnet entfallen auf das Mitglied 10,86 Tage; 1906 waren es 7,18 Tage. Es kommen somit auf jede Krankheit im Jahre 1908 23,61 Tage. Die durch Unfall herbeigeführten Krankheitsstage betragen 7097, oder auf jede Erkrankung 19,1 Tage. Es kommt auf jede Krankheit ein Krankengeld von M. 52,34. Das Krankengeld beträgt pro Mitglied M. 24. Die Sterbefälle zählt am Schlusse des Jahres 817 Mitglieder. Die Kurkosten in den städtischen Krankenhäusern betragen für in Berlin nicht anfallige Mitglieder M. 3 pro Tag. Die Revisoren erklärten die Quartals- und Jahresabrechnung für richtig; auf ihren Antrag wurde der Kassierer entlastet. Kollege Mulack wies dann noch auf die ungünstigen Kassenverhältnisse hin, die zum großen Teil durch die Arbeitslosigkeit herbeigeführt wurden, und betonte, daß es im Interesse aller Mitglieder läge, dazu beizutragen, daß die Kassenverhältnisse besser würden. In der Diskussion wurde zugegeben, daß es zum Teil an den Mitgliedern liege, die es nicht so genau mit ihren Pflichten der Kasse gegenüber nehmen und dazu neigen, sich bei jeder Gelegenheit krank zu melden, was ihnen zum Teil gelinge. Dem müsse aber ganz energisch entgegengetreten werden, dann würden auch unsere Kassenverhältnisse sich bessern. Es wurde dann die Wahl der ausführenden Vorstandsmittglieder vorgenommen. Zum ersten Vornachmächtigsten wurde Fritz Mulack, zum zweiten Kassierer Hermann Jähns neu gewählt. Zum ersten Schriftführer wurde Franz Schulz und zum Revisor Adolf Winkler wiedergewählt.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Voreinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten scharfsinnig einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Bismberg. Am 27. Februar berunglückte der Maurer Robert Scholz aus Bismberg in der städtischen Regel bei Schichtarbeiten. Infolge Zauwetters löste sich ein Teil der oberen Ecken ab, wobei der Kollege so verschüttet wurde, daß ihm das rechte Bein brach.

Bauarbeiterkongress in Baden. Ueber diese Konferenz, über deren Verhandlungen wir bereits in der vorigen Nummer berichteten, ging uns nachträglich noch ein ausführlicher Bericht von dem Schriftführer zu. Wir fragen daraus nach, daß Kollege Forter bei seinem Referat auf eine Vorlage Bezug nahm, die die Forderungen der Arbeiter im einzelnen aufzählt. Diese Vorlage soll der Regierung mit der Petition zusammen überreicht werden, damit sich die Regierung nicht ausreden kann, die Arbeiter könnten wohl kritisieren, aber keine praktischen Vorschläge machen. Sodann teilt der Schriftführer über die Veranlassung zur Einberufung der Konferenz folgendes mit:

Das badische Ministerium des Innern richtete an die Bezirksämter folgendes Rundschreiben:

„Ein kürzlich in Mannheim vorgekommener Bauunfall gibt uns Anlaß, die Frage, ob in Verhängung der Bauarbeiterbeschäftigungen die Befassung eines Schutzes gerichtet unter dem Arbeitsschutz vorzuschreiben wäre, einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Es wird allerdings auch nach Erlassung einer derartigen Vorschrift die Gefährdung der Arbeiter beim Gerüsten - hier beim Aufbringen oder Abnehmen der Schutzelemente - bestehen bleiben, sofern nicht für diese leitende Arbeit ebenfalls wieder Schutzmaßnahmen verlangt werden. Ob ein so weitgehendes Verlangen durchführbar sein wird, erscheint zweifelhaft, da dadurch auch das Bauen infolge weit größerer Ansprüche an den Unternehmer erheblich verteuert würde. Es würde aber wohl auch schon die erstbeschriebene Maßregel allein eine wesentliche Verbesserung der derzeitigen Schutzvorschriften bedeuten.“

Unser Kongress Zweigverein wurde vom dortigen Bezirksamt ermahnt, sich über vorstehende Frage zu äußern. Aus dem Rundschreiben geht hervor, daß die Regierung endlich erkennt, daß der Bauarbeiterbeschäftigung in Baden ungenügend ist. Allerdings hat sie dabei auch gleich wieder Sorgen, es könnte bei einem solchen Arbeiterschutz der Profit der Bauunternehmer etwas kleiner werden. Diese Vorgänge liegen es rätlich erscheinen, sich einmal in größerer Öffentlichkeit mit dem Bauarbeiterbeschäftigung zu beschäftigen.

Die Konferenz, die das Bezirksamt Mannheim für den 25. Februar einberufen hatte, diente nur informativem Meinungsaustausch.

Wohnungsmarkt in Dresden.

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen in Dresden ist etwas zurückgegangen. Während noch im Jahre 1906 7650 leere Wohnungen vorhanden waren, betrug diese Zahl 1906: 7802, 1907: 6789 und 1908 6037. Dabei ist die Zahl der Wohnungen selbst in dieser Zeit von 122239 auf 131508 gestiegen. Über gestiegen ist auch die Zahl der leerstehenden Geschäftslöcher, nämlich von 806 im Jahre 1907 auf 861 im Jahre 1908. Von den 6037 leerstehenden Wohnungen waren 4631 kleine, mit höchstens zwei heizbaren Zimmern, von denen voriges Jahr noch 6258 und 1905 gar 5646 leer standen. Prozentual ist dieser Rückgang noch augenfälliger: Während 1905 noch 6,3 pZt. aller Wohnungen leer standen, waren es 1906: 5,3, 1907: 5,2 und 1908: 4,6 pZt. Die im Gemeindeflatte bezifferten Aufstellungen, die sich bis ins Jahr 1885 zurückverfolgen, bemerkt unter anderem dazu:

„Der Druck, der im letzten Jahre das wirtschaftliche Leben belästigte, erstreckte sich auch auf das Baugewerbe. Schon im Frühjahr zeigte sich die Wirkung; denn herkömmlich wenig Bauten wurden in Angriff genommen. Im September entfielen 250 neue Wohnungen gegenüber 338

in der gleichen Zeit des Vorjahres, im Oktober 120 gegen- über 476 und im November nur 42 gegenüber 255 des Vor- jahres. Gleichwohl kann von einem Wohnungsmangel nicht die Rede sein, bis jetzt kann ein Aufhalten der Lieber- produktion an Wohnungen nur wühlend von den Haus- besitzern empfunden werden.

Auch im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme ändert sich das Bild nur wenig, da die Wohnungszahl im letzten Jahre in ähnlicher Weise gewachsen ist wie die Bevölke- rungszahl.

Die leerstehenden Geschäftslöcher nehmen diesmal einen größeren Raum aller unbenutzten Gelasse ein, als bei der vorjährigen Zählung.

Für die Bautätigkeit in Breslau stellen diese Zahlen keine besonders günstige Prognose, wenn nicht öffentliche Gebäude in größerem Umfang errichtet werden, was hiezu nicht zu erwarten ist. Man darf sich übrigens von der Ausschüttung im Gemeindehaushalt über die Lieberproduktion von Wohnungen nicht täuschen lassen, diese Lieberproduktion beruht in vielen Fällen darauf, daß die Arbeiter nicht natürliches Wohnungsbedürfnis nicht befriedigen können, weil sie die Mittel dazu nicht haben. Die Haus- besitzer haben bei dieser Lieberproduktion auch nicht schlecht abgeschnitten; denn die Mieten stiegen für kleine Wohnungen um 10 bis 33 pzt., während die Mieten der größeren Wohnungen ziemlich stabil blieben.

* Ein großzügiges Wohnungsbauprojekt schildert die Welt am Montag. Danach leitet zu einem interessanten Vorstoß der Gartenstadtbewegung der bayrische Staat seine Hilfe. In Nürnberg Umgebung soll eine Garten- stadt im Umfang von etwa 1800 bis 2000 Einfamilien- häusern entstehen, zu der der Anstoß von der Gartenstadt- gesellschaft gegeben worden ist, die aber mit staatlichen Mitteln betrieben werden wird. Der bayrische Finanz- minister gab einer Abordnung der Gartenstadtgemeinschaft die Versicherung, das nötige Bauland aus dem Nürnberg um- gebenden Staatswald abzutreten. Sollte der von amtlichen Schägern festgestellte Preis der Grundstücke für die Er- möglichen des Baues von Einfamilienhäusern zu hoch sein, so will der Finanzminister für die billigere Abgabe von Staatswald die Genehmigung des Landtages einholen. Im aber zur Steuerung der Wohnungsnot und der Arbeits- losigkeit sofort mit den Arbeiten für die Gartenstadt be- ginnen zu können, hat sich der Finanzminister bereit erklärt, einen Teil der in Betracht kommenden Grundstücke zu einem entsprechenden Preis sofort abzutreten und dafür die nach- trägliche Genehmigung des Landtages einzuholen. Das nötige Baugeld zu einem niederen Zinssfuß soll von der Stadt, von der Versicherungsanstalt und von anderen Kör- perchaften, die an schönen, gesunden und billigen Arbeiter- wohnungen interessiert sind, erbeuten werden. Es sichere der Minister des Innern die Befreiung des Unternehmens zu Ruhezinsfuß aus der bayerischen Landesfiskalrenten- anstalt zu. Diese Mittel sollen aber nur für die zweite Hypothek in Anspruch genommen werden. Der bayrische Verkehrsminister will die Bediensteten und Beamten der Verkehrsanstalten veranlassen, seine eignen Bauvereins- gesellschaften mehr zu gründen, sondern sich dieser Gartenstadt- gesellschaft anzuschließen, wodurch die gesellschaftliche Ab- sonderung der Staatsdiener verhindert werde. Die Staats- gerichte für staatliche Arbeiterwohnungen fallen unter ent- sprechenden Bedingungen dann der Gartenstadtgemeinschaft zu. Da die künstlerische Leitung des Unternehmens in den Händen des Professors R. Niemerschmid, München, liegt, darf man auch in künstlerischer Beziehung auf das Unter- nehmen gespannt sein, das ein städtebauliches Novum für Deutschland darstellen wird, denn baldige Nachfolge auch andernwärts zu wünschen ist.

Aus Unternehmerkreisen.

* Ein Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeber- bundes für das Baugewerbe an seine Organisationen enthält u. a. folgende Sätze:

Es ergibt sich dann die Notwendigkeit, den Zusammen- schluß der Verbände in wirtschaftliche Einheitsgebiete noch erheblich lebhafter zu betreiben. Das Statut des Bundes hat diesem Gedanken kräftiger Zwischenorganisationen bereits grundsätzliche Ausdrück gegeben, indem es die Landes- und Bezirksverbände an die erste Stelle der zur Mitglieds- schaft berechtigten Organisationsgebilde gesetzt hat. In der Tat verfügt der Bund über zahlreiche, außerordentlich gut ausgebaute Bezirksverbände, aber gelegentlich und beson- ders bei den letzten Lohnverhandlungen hat sich doch heraus- gestellt, daß unter unsern Verbänden in manchen Gebieten noch eine große Ungleichheit infolge herrscht, als einige Verbände gut organisiert sind, andere dagegen sehr mangel- haft. Insbesondere sind dann Unzutrefflichkeiten dadurch entstanden, daß nach eine ganze Reihe solcher Einzelver- bände vorhanden waren, für die es schwierig war, die ge- planten einheitlichen Bestimmungen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Durchführung zu bringen. Im Interesse einer möglichst einheitlichen Gestaltung unserer Organisation erachtet es daher der Vorstand für dringender erforderlich, daß sich alle diese Einzelverbände wieder zu größeren, leistungsfähigen Landes- resp. Bezirks- verbänden zusammenschließen.

* Unternehmerrissen. Nur eine Feststellung: Erst vor vier Wochen wiesen wir die erbärmliche Lage der „Bau- gewerks-Zeitung“ zurück, nachdem der Kollege Meißner in Hannover es als eine Aufgabe der von den Arbeitern ge- forderten Baukontrollen aus dem Arbeiterstande be- zeichnet haben soll, auch die Organisationszugehörigkeit der Bauarbeiter zu kontrollieren. Natürlich nahm die „Bau- gewerks-Zeitung“ davon so wenig Notiz, wie sie es früher getan hat; sie stellte ihre Unwissenheit nicht richtig. In ihrer Nr. 17 veröffentlicht sie dagegen eine Zuschrift aus München, die sich in allgemeinen Redensarten gegen die Forderung der Arbeiterkontrollen ergeht und dabei auch folgenden Satz enthält:

„Uebrigens hat ein „Überzeugungstreuer“ Vorkämpfer für diese Forderung, der „Genosse“ Meißner, in einer Versammlung in Hannover den Schleier gelüftet, wenn er sagt, daß diese allgemeine Baukontrolle auch die Kon- trolle über die Zugehörigkeit zur Organi- sation umfassen würde.“

Also auch jetzt statt einer Berichtigung eine Wieder- holung der Lüge. Es wäre leicht, die „Baugewerks- Zeitung“ durch eine preßgesetzliche Berichtigung zum Widerruf zu zwingen, aber es scheint uns verdienstlicher, an diesem Beispiel einmal zu demonstrieren, wie weit die moralische Verantwortung bei jenen Leuten geht.

Gewerkschaftliches.

* Gründung eines Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands. Am 21. und 22. Februar fand in Berlin im Gewerkschaftshause eine Konferenz statt, in welcher die seit langem vorbereitete Gründung eines Verbandes der Land-, Wald- und Wein- bergarbeiter Deutschlands beschlossen wurde. Die Organi- sation der Landarbeiter oblag bisher dem Verbande der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Sitz Ham- noburg). Schon seit 1902 ergingen Anregungen aus ein- zelnen Bezirken zur Gründung einer selbständigen Land- arbeiterorganisation. Der Fabrikarbeiterverband hielt indes an seiner Zuständigkeit für diese Arbeiterkategorie fest. Erst der Münchener Verbandstag dieses Verbandes beschloß, auf die zugewinnten einer selbständigen Landarbeiter- organisation zu verzichten unter der Voraussetzung, daß die der Gewerbeordnung unterliegenden Arbeiter von dem neuen Verbande nicht erfasst, sondern dem Fabrikarbeiter- verbande verbleiben würden. Nachdem nunmehr die Bahn für eine neue Landarbeiterorganisation frei war, wurden die notwendigen Schritte zur Vorbereitung der Gründung in den einzelnen Reichsgebieten unternommen, die durch die Berliner Konferenz ihren Abschluß fanden.

Die Konferenz beschloß, daß die neue Organisation, die den Namen: „Verband der Land-, Wald- und Wein- bergarbeiter Deutschlands“ führt, ein einheitlicher Zentral- verband für das ganze Reichsgebiet sein solle, der in Gau-, Bezirke- und Ortsgruppen eingeteilt wird. Für Angehörige gewisser Spezialbranchen können Sektionen errichtet werden. Die Orts- bzw. Bezirkssektionen können zu einer Reichssektion vereinigt werden.

Der Zweck des Verbandes ist die allseitige Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mit- glieder. Er soll erreicht werden durch Einwirkung auf die Gestaltung des Arbeitsvertrags, Gewährung von Nachschuß bei Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis, der Arbeiterversicherung oder der Verbandsmäßigkeit, durch Gewährung von Kranken-, Pflegegeld-, und Sterbe- unterstützung, durch Errichtung kostenloser Arbeits- nachweise, obligatorische Lieferung des Verbandsorgans (das monatlich erscheinen soll) und durch Pflege der Ge- sellschaft und Solidarität. Das Eintrittsgeld beträgt 20 \mathfrak{M} . Der Beitrag ist nach drei Klassen zu 80, 60 und 30 \mathfrak{M} pro Monat abgestuft. Der Vorstand wird seinen Sitz in Berlin oder dessen Umgebung, der Ausschuß in München haben.

Das Organ führt den Namen: „Der Landarbeiter“. Die Redaktion befindet sich am Sitze des Vorstandes. Für den Vorstand und die Redaktion sollen wohlhabende Kräfte angezogen werden, daneben zunächst drei besoldete Gauleiter. Es wird erwartet, daß die für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung tätigen An- gestellten, die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsarbeiter sich nach beiden Richtungen in den Dienst der Organisierung der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter stellen, damit es bald gelinge, in allen Provinzen und Bundesstaaten auf dem Lande Agitationszentren zu schaffen, die zu kräftigen Stützpunkten des neuen Verbandes werden. Möge die neue Organisation der Landarbeiter ein Bahnbrecher werden, der den Millionen deutscher Landproletarier ein freies Koalitionsrecht und einen mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse erringen hilft.

Soziales.

* Weiteres über die Moral der schwarzen Listen. Einem der waldsteinen Scharfmaderblätter — die „Südwest- deutsche Wirtschaftszeitung“ — schreibt:

„Alle richtigen Unternehmerverbände haben schwarze Listen, so gut wie alle Gewerkschaften Ausstände anfragen. Jedermann weiß, daß sie sie haben und sie schämen sich dessen gar nicht; aber die schwarze Liste wirkt um so stärker, je geheimere, je unfaßbarer sie ist, genau wie der Ausstand des Unternehmers um so schwerer trifft, je unzureichender er kommt. Aus welchen Gründen ein Unternehmerverband einen Lohnarbeiter auf eine schwarze Liste setzt, das ist ganz seine Sache, das ist eine reine Zweckmäßigkeits- frage. Ebenso lassen sich Lohnarbeiter ja auch nicht vor- schreiben, aus welchen Gründen sie streiken dürfen und aus welchen nicht. Der Lohnarbeiterstand ist es gewesen, der all diese außerwirtschaftlichen Mittel in das Wirtschafts- leben eingeführt hat, um seinen Lohn zu steigern. Er kann sich also nicht wundern, wenn der Unternehmerstand — von der Not gedrängt — von denselben Mitteln Gebrauch macht. Schwarze Listen gegen Ausstände, Heimlichkeit gegen Heimlichkeit.“

Sier haben wir den Unternehmerstandpunkt in Rein- kultur, von allen sozialen, moralischen und volkswirtschaft- lichen Rücksichten frei und ungehindert. Dieser auf die Spitze getriebene Unternehmerstandpunkt wird zum gemeingefährlichen Wahnsinn, wenn der Unternehmer — nach dem Grundsatze: Mit meinem Eigentum kann ich machen was ich will — zum absoluten Herrscher nicht allein über die Produktionsmittel und die Produktion, sondern auch über die darauf angewiesenen Arbeiter. Dieser absolute Herrscherbegriff mochte in einer Zeit möglich sein, wo die Hauswirtschaft noch die Grundlage der Wirtschaft bilde- te, im Zeitalter der Weltwirtschaft ist er unvereinbar mit den Interessen der Allgemeinheit, die zu groß und zu wichtig sind, als daß sie von dem Willen einzelner abhängig sein dürften. Es ist für den Kampf der Weltanschauungen kein Schaden, wenn solche Ansichten vertreten werden, wie wir sie aus der „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“ zitieren;

dem sie arbeiten der Erkenntnis vor, daß es im Interesse der Allgemeinheit notwendig ist, die Rechte des privaten Kapitals zu beschneiden, es aus einem Instrument zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse zu einem Instru- ment zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse zu machen. Was nichts weiter heißt, als die Bahn zu be- schreiben, die uns zum Sozialismus führt. Ein Zustand, wie er heute besteht, wo das Wohlergehen, die Existenz großer Arbeitermassen von der Laune einzelner abhängig ist, ist nicht nur unmoralisch im Sinne der überlieferten Moral schlechthin, sondern verwerflich und hassenswert auch von dem höheren Standpunkte der Sozialmoral, die die Anerkennung einer gesellschaftlichen Verantwortlichkeit für das einzelne Individuum in sich schließt.

Im Wie lange haben Unfallverletzte Anspruch auf Krankentage? Nach dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz sind die Berufsgenossenschaften verpflichtet, für alle durch Betriebsunfall verursachten Erkrankungsfälle spätestens mit dem Beginne der 14. Woche nach Eintritt des Unfalles einzu- treten, d. h. die Berufsgenossenschaft muß von diesem Zeit- punkte an das Geldverfahren übernehmen und eine dem Grade der Erwerbsunfähigkeit entsprechende Rente zahlen. Die Feststellung der Entschädigung soll nach § 71 des Ge- werbeunfallversicherungsgesetzes in beschleunigten Verfahren von Amts wegen erfolgen. Trotz dieser Bestimmung ent- ziehen sich die Berufsgenossenschaften dieser Verpflichtung sehr häufig dadurch, daß erst langwierige Ermittlungen darüber angestellt werden, ob überhaupt ein Betriebsunfall vorliegt. Sie versuchen also, den Eintritt ihrer Fürsorge- pflicht sachfälligerweise hinauszuschieben. Es entsteht nun die Frage: müssen die Krankentage in solchen Fällen, wo die Berufsgenossenschaft nicht mit dem Beginn der 14. Woche eintritt, weitere Unterstützung genähren? Ist eine Unter- stützung der Fürsorge darf nicht eintreten. Der § 25 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes bestimmt darüber folgen- des: „Die Verpflichtung der eingeschriebenen Hilfskassen sowie der sonstigen Krank-, Sterbe- und andern Unter- stützungskassen, den von Unfällen betroffenen Arbeitern und Betriebsbeamten sowie deren Angehörigen und Hinter- liebten Unterstützungen zu gewähren, sowie die Verpflich- tung von Gemeinden oder Armenverbänden zur Unter- stützung hilfswürdiger Personen wird durch dieses Gesetz nicht berührt.“ Hiernach steht dem Verletzten im Bedarfs- fall auch nach Ablauf von 14 Wochen kein Anspruch zu. Die Krankentage sind demnach so lange einzutreten, bis die Berufsgenossenschaft wirklich Rente gezahlt hat; unter Um- ständen sogar über 20 Wochen hinaus. Dann steht aller- dings der Krankentage ein Ersatzanspruch zu, und zwar in Höhe der Hälfte von drei Monatsbeträgen der an den Ver- letzten zu zahlenden Rente. Dieser Betrag wird seitens der Berufsgenossenschaft von der Krankenkasse abgefordert. Ist die Unterstützung von der Krankenkasse aber fortlaufend, und besteht sie in der Gewährung des Unterhalts in einer Anstalt (Krankenhaus), so kann die Kasse als Ersatz die volle Rente beanspruchen. Die organisierten Kassen sind zur Geltendmachung dieser Ersatzansprüche nach § 25 des Krankentageversicherungsgesetzes verpflichtet, die freien Hilfs- kassen jedoch nicht. Bei ihnen verbleibt die Versicherung auf einem Vertragsverhältnis, und sie sind beugt, durch Statut lich des Ersatzanspruches aus § 25 des Gewerbeunfallver- sicherungsgesetzes zu entlassen. Ueber die Auslegung des § 25 überhaupt bestehen erhebliche Meinungsverschieden- heiten. Die Rechtspredung der zuständigen Gerichte über die Dauer der Krankenunterstützung in solchen Fällen ist verschieden. Während ein Gericht der Ansicht ist, daß die Verpflichtung der Krankentage mit dem Eintritt der Berufsgenossenschaft aufhört, vertreten andere den Stand- punkt, daß die Krankentage auch nach Eintritt der Berufsgenossenschaft, und zwar bis zum Ablauf der statu- tarischen Pflicht Unterstützung genähren müssen. Der letztere Standpunkt entspricht zweifellos dem Wortlaut der in Frage kommenden Bestimmungen. Allerdings würde dies eine Besserstellung der durch Betriebsunfall Erkrankten gegen- über den sonstigen Kranken bedeuten. Aber ganz abgesehen von den Streitigkeiten, die sich an den § 25 des Gewerbe- unfallversicherungsgesetzes knüpfen, so steht doch fest, daß der Verletzte nach dem Eintritt der Berufsgenossenschaft materiell nicht schlechter gestellt sein darf, als ohne diesen Anspruch. Die unbestimmte Rechtslage ist danach folgende: Ist die Unfallrente niedriger als das vorher bezogene Krankentage, so muß die Krankentage bis zum Ablauf ihrer statutarischen Verpflichtung die Differenz zwischen Unfall- rente und Krankentage zahlen. Gehört der Verletzte zwei Kassen an, so hat er von beiden — im Verhältnis zu ihren Leistungen — den Mehrbetrag zu fordern. — Ein Beispiel: Ein Unfallverletzter bezog bis zum Ablauf der 13. Woche nach dem Unfall von einer Krankenkasse A 13 Krankentage pro Woche und von einer Hilfskasse B 14. Die Berufsgenossenschaft zahlte eine Rente von A 20 pro Woche. Dann hat der Erkrankte die Differenz von B 7 von beiden Kassen bezogen zu fordern, daß die Krankenkasse A 3 und die Hilfskasse B 4 pro Woche ausbezahlt muß. Unfre Kollegen seien auf das ihnen in solchen Fällen zutreffende Recht hin- gewiesen; mögen sie vorkommendenfalls davon Gebrauch machen.

Polizei und Gerichte.

* Kostlose Anklage. Der Kollege Jul. Schäfer in Düsseldorf war angeklagt, den Streifbrotter Wilhelm Schmidts aus Ohligs am 31. August während der Sperr- über die Bauten des Unternehmers Jenen in Venrath be- schimpft und beleidigt zu haben. Bereits am 10. Dezember 1908 fand am Gerbermeister Schöffengericht dieserhalb Termin an, der jedoch resultatlos verlief, da Schäfer sich erbot, den Beweis anzutreten, daß er an diesem Tage zur selben Zeit in Düsseldorf im Gewerkschaftshaus war. Zum zweiten Termin, dem am 31. Dezember stattfand, hatte der Streifbrotter den Rechtsanwalt, der fast kändig an der Baustelle war, sowie den Kolleg Chronimus und den Streif- brotcher Deuss aus Ohligs laden lassen. Doch auch diese wollten nichts Belastendes auszusagen. Der Streifbrotcher jagte aus, daß der Kolleg, als er diesem die Person, die ihn beleidigt, beschrieben habe, erklärt hätte, daß es dann Schäfer gewesen sein müsse. Der Kolleg befrucht jedoch ent- schieden, etwas Berichtigendes geäußert zu haben. Im festzu-

